

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition, Neue Promenade 178, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, drei Monate 3.50, durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Ort 2.75 S. 34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühren betragen für die einjährige Zeit 20 Mk., für die halbjährige 10 Mk., für die vierteljährliche 5 Mk., für die monatliche 1.50 Mk. Bei Abbestellung ist die Nummer anzugeben, für die nächste Nummer müssen bis zum 1. April 1912 die Gebühren abgeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 88.

Breslau, Dienstag, den 16. April 1912.

23. Jahrgang.

Vor fünfzig Jahren.

Es sind jetzt fünfzig Jahre her, daß am politischen Nachthimmel Preußen-Deutschlands ein Meteor aufflammte. Am 12. April 1862 hielt Ferdinand Lassalle in Berlin im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt seinen Vortrag „Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“, der später unter dem Titel „Arbeiterprogramm“ in die Literatur der sozialistischen Bewegung als eines ihrer klassischen Dokumente einging. Mit diesem Vortrag vollzog Lassalle seinen Eintritt in die Weltgeschichte, begründete er seinen Ruhm, begann er das große Werk, das er nach zwei Jahren einer ruhmreichen, schöpferischen Tätigkeit unvollendet verlassen mußte. Sein „Arbeiterprogramm“ war das Signal für die Loslösung der deutschen Arbeiterklasse vom Bürgertum, und so ist der 12. April einer der großen Gedenktage in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Politik überhaupt.

Lassalle hatte eben die Schwelle zum siebenunddreißigen Lebensjahr überschritten, als er an seine Aufgabe herantrat. Seit der stürmischen Periode von 1848, in der der Dreißigjährigen seinen Mann gestanden hatte, ohne sie jedoch entscheidend beeinflussen zu können, hatte die steterwachsene Aktivität seines Temperaments kein würdiger Feld ihrer Betätigung gefunden. Der lähmende Druck der Kontrerevolution drängte das politische Genie zur Wissenschaft und Literatur, modellierte den Politiker zum Privatgelehrten, Schöngelb und Gesellschaftsmann, lehrte ihn die schwere, feiner als ihm schwerere Kunst des Wartens. Aber nie ist das Studium der Philosophie und Jurisprudenz, der tastende Versuch zur dramatischen Literatur dem von demokratischen und sozialistischen Gedanken durchdrungenen eigenpersönlichen, manchmal vielleicht geistvoll schätzbaren Freund und Schüler von Karl Marx etwas anderes gewesen, als eine Vorbereitung für sein Werk, das ihm längst klar vor Augen stand. Nicht als ein Werbender oder eben erst Gewordener, sondern als ein Fertiger, mit fest umrissenen Zielen und geschlossenem Programm, tritt Lassalle am 12. April vor die Arbeiter der Vorstädtischen Maschinenfabrik, in vollem Bewußtsein seiner anfangs nur von wenigen gewürdigten geschichtlichen Tat. Die Arbeiter und die Wissenschaft vollzogen ihre Berührung: aus ihrer Vereinigung entsprang die Macht der Zukunft, das Klassenbewußte Proletariat.

Ein Mann, dessen ganzes Wesen auf die Tat gestellt ist, ist von den äußeren Zeitumständen viel abhängiger, als ein Denker, der, unbekümmert um Günst oder Ungünst des Augenblicks, mit seinen Lehren in ungemessene Weiten hinauswirkt. Marx gewann im englischen Exil Freiheit und Ruhe des Forschens, dem die Welt unbergängliche Werte verdankt. Lassalle blieb in Deutschland, duckte sich unter, rüstete und erspähte den Augenblick, um mit seiner Aktion hervorzubrechen. Er wußte, daß sich im Schoß des alten Europa gewaltige Veränderungen vorbereiteten, die selbst herbeizuführen nicht in der Macht eines Einzelnen lag. Gerteten aber die Massen erst in Fluß, dann hieß es, mit starker Hand bereit zu sein, um sie nach eigenem Willen zu formen.

Schon im Jahre 1859, während des österröisch-italienischen Krieges, glaubte Lassalle, die Zeit für ihn sei gekommen. Damals berückten ihn die Schritte: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“, in der sein politisches Aktionsprogramm zu scharfem Ausdruck gelangt, die aber zunächst ohne praktische Wirkung blieb. Die bevorstehende unaufhaltsame Einigung Deutschlands mußte sich im Sinne der Demokratie vollziehen, ein demokratisches Deutschland aber — so spannen sich seine zunächst unausgesprochenen Gedanken weiter fort — konnte nicht im Manchesterliberalismus stecken bleiben und der wirtschaftlichen Entwicklung untätig gegenüberstehen, es mußte, von der Kraft der Arbeiterklasse vorwärts getrieben, dazu gelangen, einzugreifen in das wirtschaftliche Getriebe, um es schließlich zum Nutzen des Ganzen vollständig zu beherrschen.

Die Unruhe Europas hatte aber zunächst eine andere Folge als den Sieg der Demokratie, nämlich den Fortschritt des Militarismus. Im Jahre 1860 erschien die preussische Regierung mit ihrer Militärvorlage, die unter dem Vorwand der staatlichen Sicherheit nach außen die Macht der Krone nach innen verstärkte und den Konflikt mit der im Massenlandtag herrschenden Fortschrittspartei zum Ausbruch brachte. Die während der zehnjährigen Reaktionsperiode gewaltig niedergehaltenen Geister waren wachgerüttelt, ohne daß die directionslose, zwischen Furcht und Hoffnung schwankende Fortschrittspartei imstande gewesen wäre, sie zu befechtigen. Die letzten Reste des Liberalismus waren aus dem Ministerium ausgemerzt, der Landtag aufgelöst, Neuwahlen waren angeordnet. Alles war in Bewegung geraten und große Entscheidungen befechteten sich vor.

Wenige Wochen vor den Neuwahlen begann Lassalle seinen zweijährigen Feldzug. Und es ist kennzeichnend für sein großartiges, philosophisch durchbildetes Wesen, daß er, obgleich ein Genie der Tat — oder gerade weil

er das war — darauf verzichtete in seiner ersten großen Programmrede in das Kleinlich-Einzelne hinabzusteigen. Er denkt an nichts als an die Günst der augenblicklichen Lage für die Aktion der Arbeiterklasse, aber, wohl wissend, daß für diese Aktion noch die erste Vorbedingung, die theoretische Grundlage, fehlt, spricht er „über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“. Was er gibt, ist keine journalistische Momentphotographie, sondern ein historisches Kolossalgemälde. Im Fluge der Stunde sehen wir Herrschaftssysteme entstehen und zerfallen, es eröffnet sich der großartige Ausblick auf die zukünftige Herrschaft des vierten Standes:

Es ist diese mit dem Februar 1848 beginnende Geschichtsperiode, welcher die Aufgabe zugefallen ist, diese Staatsidee (des Arbeiterstandes) zur Verwirklichung zu bringen und wir können uns beglückwünschen, meine Herren, daß wir in einer Zeit geboren sind, welche bestimmt ist, diese glorreichste Arbeit der Geschichte zu erleben, und in welcher es uns vergönnt ist, fördernd an ihr teilzunehmen.

Und es folgt der berühmte Appell an die sittlichen Kräfte des vierten Standes, der dazu bestimmt sei, die ganze Gesellschaft nach seiner Idee zu gestalten, schließend mit den prachtvollen Worten weltgeschichtlicher Prägung:

Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!

Bei Lassalle erscheint somit die Idee des Arbeiterstandes als eine Staatsidee. Um den Staat gruppiert sich für ihn alles Denken, im Staat erblickt er das Werkzeug, das die Arbeiterklasse an sich reißen muß, um ihre Befreiung zu vollenden. Daraus einen Gegensatz zur marxistischen Auffassung zu konstruieren und den „Staatssozialisten“ Lassalle gegen den Sozialrevolutionär Marx auszuspielen, wie das oft genug geschehen, ist jedoch ein Spiel mit bloßen Worten. Es gibt Punkte, in denen Marx und Lassalle sachlich auseinandergehen, hier handelt es sich nicht um viel mehr als um eine Differenz der Ausdrucksweise. Was erwartet denn Lassalle vom Staat, der im Geist des Proletariats umgeschaffen ist?

Der Zweck des Staates ist... nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen, mit welchem er nach der Auffassung der Bourgeoisie angeblich schon in den Staat eintritt; der Zweck des Staates ist vielmehr gerade der, durch diese Vereinigung die einzelnen in den Staat zu setzen... eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen können, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen als einzelnen schlechthin unerreichbar wäre.

Der Zweck des Staates ist somit der, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche Bestimmung, d. h. die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein zu gestalten; es ist die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit.

Dieser Staat Lassalles hat so wenig mit dem kapitalistischen Klassenstaate zu tun, daß er vielmehr dessen gerades Gegenteil darstellt. Sein Staat ist die Demokratie, aber nicht die in leeren Formeln sich selbst genügende bürgerliche Demokratie, deren Idee er als eine „Nachtwächteridee“ verpöndet, sondern die vom Geist des Proletariats erfüllte Demokratie, die im Kampfe gegen die kapitalistischen Eigentumsformen die menschliche Freiheit nicht bloß im Staate, sondern auch in der Gesellschaft verwirklicht.

Im Sinne dieses Programms hat dann Lassalle seinen geistigen Erobererzug unternommen und sich aus der Masse der Arbeiter seine Armee zu werben gesucht: ein Napoleon ohne Degen. Ein eherner Wille verlieh ihm die Kraft, in zwei Jahren geistige Taten zu vollbringen, deren Größenmasse uns Kleineren fast unfaßbar sind. Zwei Jahre später fällt der Belagerer durch den albernsten Zufall einer Liebesaffäre blutend vor den Toren. Aber seine Arbeit ist nicht umsonst getan, auch an ihm bewährt sich das Gesetz von der Erhaltung der Kraft.

In zwei Jahren werden wir das Gedächtnis des Tages begehen, an dem Ferdinand Lassalle durch die Kugel eines gleichgültigen Menschen fiel. Aber uns ist er nicht tot. Aus seinen Reden und Schriften, die die Jahreszahlen 1862 und 1863 tragen, ja, ägt uns die Glut eines Lebens entgegen, das nicht sterben kann, so lange es sich nicht ausgewirkt hat durch die Tat. Auf die Tat, die weltgeschichtlich befreiende Tat, war Lassalles ganzes Sinnen und Trachten gestellt. In einer Zeit, in der über die Leere des parlamentarischen Betriebes nicht ohne Grund geklagt wird, mag daran erinnert sein: Auch dieser Mann hat nichts anderes getan als geredet und geschrieben. Aber jedes seiner Worte war Hammer Schlag und Schwerdtkling!

Als Politiker hat Lassalle mit wunderbarer Klarheit die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie erkannt, die Grundlinien seines Programms gelten noch immer. Heute vielleicht mehr denn je! Schon sein erster Vortrag war eine Kriegserklärung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht, und heute, nach fünfzig Jahren, müssen wir erkennen, daß ohne die Beseitigung dieses Systems, in dem die Macht des preussischen Junkertums wie bei der deutschen Großbourgeoisie berankert liegt, ein wirk-

licher Fortschritt zu den Zielen der Arbeiterklasse unmöglich ist. Von Lassalle aber haben wir auch gelernt, daß formale Berechtigungen, die uns die Verfassung verleiht, wertlos sind, wenn keine reale Macht dahinter steht, und darum muß uns das Preußenwahlrecht doppelt wertvoll sein als Kampfbjekt, an dem sich die Macht der deutschen Arbeiterklasse erproben kann. Nicht die geschenkte, nur die erkämpfte Freiheit ist wahre Freiheit!

In diesem Sinne soll uns Lassalle auch heute Führer sein. Von allen Kleinlichkeiten, Enttäuschungen und Widerwärtigkeiten des Tages lenkt er unseren Blick auf große Ziele, die wert sind, daß sich die Besten mit ihrer ganzen Persönlichkeit für sie einsetzen. Mag sich zeigen, daß fünfzig Jahre nach Lassalles Wirken ein Geschlecht lebt, das Sinn und Kraft hat zur Lösung großer weltgeschichtlicher Aufgaben. Denn:

Es ist auch der Säemann gefallen
Auf guten Boden fiel die Saat.
Und aber bleibt die kühne Tat,
Seit'ges Vermächtnis sei sie allen!

Politische Uebersicht.

„Rechergerichte.“

Der Spruch des Solinger Parteischiedsgerichts, der die von dem Schriftsteller Gerhard Hilbebrand in seinem Buch „Die Erschütterung der Industrieerschaft“ ausgesprochenen Ansichten für unvereinbar mit den Grundsätzen der Partei erklärt und den über den Verfasser verhängten Ausschluß aus der Partei bestätigt, gibt der liberalen Presse Anlaß, über die Unzulässigkeit der sozialdemokratischen Partei lebhaft Klage zu führen. Auf die von Hilbebrand vertretenen Auffassungen wird dabei mit keinem Worte eingegangen. Denn, wenigstens ein Teil der liberalen Presse, zumal der fortschrittlichen, wird die von Hilbebrand vertretenen Ansichten über Kolonialpolitik kaum billigen, und vor wenig Jahren hätte Hilbebrand mit diesen Ansichten in der freisinnigen Volkspartei kaum Aufnahme gefunden. Man gibt sich darum keine Mühe, zu untersuchen, ob ein Mann, der in weltpolitischen Fragen auf dem Standpunkte Hilbebrands steht, noch als Sozialdemokrat bezeichnet werden kann. Die bloße Tatsache, daß eine Parteiführung zwischen dem Politiker Hilbebrand und der Partei ein Trennungsglied gezogen hat, genügt der liberalen Presse, über sozialdemokratische Rechergerichte zu jammern und über die Freiheit, wie sie die Sozialdemokratie meint, ihre mehr oder weniger geistreichen Betrachtungen anzustellen.

Auf den Fall Hilbebrand soll darum auch in diesem Zusammenhang gar nicht weiter eingegangen werden. Denn was hier bestritten wird, ist nicht das Recht der Sozialdemokratie, Hilbebrand auszuschließen, sondern das Recht jeder Partei, sich von irgend einem Mitglied zu trennen, das sich nach der Meinung der Organisation mit wichtigen Parteigrundsätzen in Widerspruch gesetzt hat. Nach dieser liberalen Auffassung der Freiheit ließe sich der Anspruch begründen, innerhalb der konservativen Partei für Freiheit und gleiches Preußenwahlrecht zu agitieren, sich als Zentrumsmann für das Jesuitengesetz einzusetzen oder sich als Liberaler für das Dreiklassenwahlrecht und Zuchthausgesetz zu begeistern. Es bedarf kaum längeren Nachdenkens, um zu erkennen, daß diese „Freiheit“, wenn irgend eine Möglichkeit bestände, sie durchzuführen, einer vollständigen Auflösung unseres politischen Parteiwesens gleichkommen und den Parteien das wichtigste aller ihrer Freiheitsrechte nehmen würde: nämlich das Recht, zu existieren.

In Wirklichkeit gibt es keine Partei, die willens und imstande wäre, die von den liberalen Presse proklamierten Grundsätze der „Freiheit“ in die Tat umzusetzen. Am „tolerantesten“ von allen ist vielleicht immerhin die fortschrittliche Volkspartei, die namentlich zur Blockzeit eine Zufluchtsstätte für reaktionäre Elemente aller Art geworden ist. Aber auch sie würde in eine äußerst schwierige Lage kommen, wenn die Mugdan, Bachnicke usw. die geheimsten Wünsche ihres Herzens auf offenem Markt ausplaudern würden. Mit Recht erinnert er im „Vorwärts“ daran, daß gerade das „Berl. Tageblatt“, das am lauteften über sozialdemokratisches Rechergerichtem klagt, erst neulich einem äußerst fragwürdigen Fortschrittsmann, Herrn Eichhoff, den Rat gegeben hat die Partei zu verlassen, indem er ihm ein höhnisches „Adieu, Herr Eichhoff!“ zurief.

Wie ist es aber in der nationalliberalen Partei? Die hat den Herren von Henl, Graf Orlova und Lehmann, weil sie gegen die Erbschaftsteuer stimmten, die Türe aufgemacht, sie hat Herrn Becker die Aufnahme in die Reichstagsfraktion verweigert, sie hat Herrn Mendt, den früheren nationalliberalen Landtagsabgeordneten, der sich offen gegen das Reichtagwahlrecht erklärte, genötigt, dort Anschluß zu nehmen, wogegen er gehört, nämlich bei den Freikonservativen. Einer ähnlichen Unvorsichtigkeit machte sich der Kasseler nationalliberale Professor Sunkel schuldig, als er ein paar Wochen später ein sozialdemokratischer Redner im preussischen Klassenhaus die wahlrechtsfeindlichen Äußerungen Sunfels gegen die Nationalliberalen ausspielte, antwortete ihm prompt im Zuruf: „Der gehört überhaupt nicht mehr zur Partei!“

Namentlich wäre es biter Unfug, den Nationalliberalen wegen ihres Vorgehens gegen Eichhoff, den Nationalliberalen

wegen ihres Aufstretens gegen Dehl, Urtola, Lehmann, Becker, Mendel, Sunkel u. a. Vorwürfe zu machen.

Ein Ausschluß, der aus Gründen der Meinungsverschiedenheit erfolgt, hat nichts persönlich Herabsetzendes, die Ehrenhaftigkeit der Ausgeschlossenen wird in keiner Weise bestritten, in die Reinheit seiner Gesinnung nicht der leiseste Zweifel gesetzt. Wenn aber diese Gesinnung nicht die Gesinnung der Partei ist, woher sollte die Pflicht der Partei hergeleitet werden, solche Anschauungen als die ihrigen oder anderer als im Rahmen ihres Programms mögliche anzuerkennen?

Der Staat muß seinen Bürgern volle Meinungsfreiheit gewähren, denn er ist eine Zwangsorganisation, in die man nicht freiwillig eintritt, und die man, von seltenen Fällen abgesehen, auch nicht freiwillig verlassen kann. Der Zusammenschluß der Parteien beruht aber auf Freiwilligkeit, und was sie ein, ist nicht der Zwang, sondern die Ueberzeugung.

Mit alledem ist natürlich nicht gelehnet, daß eine Partei durch Engherzigkeit und übereilte Ausschließungen sich selber zerrütten, die eigenen Interessen aufs schwerste schädigen kann. Aber wie weit oder wie eng auch eine Partei ihr Haus baut, ist stets ihre eigene Sache. Einen Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet ein solcher Anschlag auf seinen Fall, ihn mit den terroristischen Akten der staatlichen Staatsgewalt in Parallele setzen, heißt die Tatsachen auf den Kopf stellen.

Bethmanns Note.

Herr von Bethmann hat die schönen Tage von Korsu hinter sich. Bei seiner Ankunft im kalten Deutschland begrüßten ihn gleich unfreundliche Stimmen. So hält die „Braunschweiger Landeszeitung“ den Zeitpunkt für gekommen, ihren Feldzug gegen den Reichsoberlehrer wieder aufzunehmen. Sie schreibt u. a.:

Unter dem jetzigen Kanzler hat es bisher kein einziger aufrechter, tatkräftiger Mann fertig bekommen, seine Meinung durchzusetzen, oder mit seinem Versuch, sie zur Geltung zu bringen, auf achtungsvolles Entgegenkommen zu stoßen. Die gesamte Regierungsweisheit ist in Erbpacht ins Reichskanzlerpalais übergegangen, und wie man dort mit diesem Gute zu wirtschaften — oder vielmehr abzuwirtschaften versteht — beweist aufs deutlichste die ganze Geschichte unserer letzten Jahre. Hier noch mit Beweisen zu kommen, wäre wirklich Lüge. Wir wissen aus dem Munde hoher Beamten, welche Verbitterung und Verärgerung überall im Regierungskörper herrscht, nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen, denn Herr von Bethmann hat es nicht nur als Kanzler, sondern auch als Ministerpräsident verstanden, den Geist der Selbständigkeit zu unterdrücken. Der einzige Erfolg seiner fast dreißigjährigen Amtszeit... Der trockene Schulmeister ton herrscht und mer als „nachgeordnete“ Behörde nicht pariert, ist die längste Zeit auf seinem Posten tätig gewesen.

Diese Klagen dürften dem Reichskanzler desto unangenehmer sein, je deutlicher er ahnen mag, von welcher Seite sie kommen. Er wird kaum daran zweifeln, daß es die „nachgeordneten Stellen“ selbst sind, die mit diesen Klagen ihre Flucht in die Öffentlichkeit angetreten haben.

Der Felszug gegen den Reichskanzler kann uns freilich dadurch nicht sympathischer werden, daß die chauvinistischen Beweggründe seiner Urheber mit jedem Tage scharfer hervortreten. Herr v. Bethmann aber hat auf keinerlei Schutz in der Öffentlichkeit zu rechnen, da er sich durch die Borniertheit seines reaktionären Treibens völlig isoliert hat. Er hat keine Autorität, weder bei den einzelstaatlichen Regierungen, noch bei den Reichsbeamten, noch auch bei Wilhelm II., der in ihm weiter nichts als einen gefügigen Diener sieht. Auf Massen oder Parlamentsmehrheiten kann er sich nicht stützen. So hängt seine ganze „Autorität“ an dem dünnen Haar böfischer Gnade.

Das Zentrum gegen den Duellzwang.

Die Entscheidung Wilhelms II., die den katholischen Militärarzt Dr. Sambeth wegen seiner Weigerung, sich zu duellieren, zu schicktem Abschied nötigt, zwingt selbst die tugendhafte „Germania“ zu dieser Abwehr:

Daß der Zweikampf und schon die Herausforderung zum Zweikampf den Gesetzen der christlichen Religion widerspricht, ist so bekannt, daß es kaum noch betont zu werden braucht. Nicht minder bekannt ist es, daß das Strafgesetzbuch für alle und jeden ohne Ausnahme das Duell verbietet und mit Strafe bedroht. Wenn man es nun auch jedem Einzelnen überlassen wollte, ob er sich wirklich mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt bringen will, so müßte doch eine staatliche Organisation, wie die Armee, darauf halten, daß ihre Angehörigen nicht das Strafgesetz verletzen und demnach gegen jeden, der das dennoch tut, mit Entlassung oder wenigstens mit einer entsprechenden Strafe vorgehen. Das ist jedoch nicht nur nicht der Fall, sondern umgekehrt wird von der Armee auf die Offiziere u. s. m. ein Zwang ausgeübt, sich dem Duellzwang wider ihre Ueberzeugung zu unterwerfen und wider ihren Willen das Gesetz zu übertreten. Und das soll „standesgemäß“ sein! Das Strafgesetz kennt aber einen solchen Begriff gar nicht, kennt keine Straffreiheit für „standesgemäße“ Vergehen. Und wenn zwei Angehörige aus den „niederen Ständen“ des Volkes einen Ehrenhandel nach ihren „standesgemäßen“ Ehrbegriffen und Sitten mit dem Knüttel oder mit dem Messer austragen, dann verfallen sie einfach dem Strafgesetz und den schärfsten Strafen über Körperverletzung beim Lötlung oder Mord, nicht aber den milderen Bestimmungen über den noch immer „privilegierten“ Duellmord. Wo bleibt hier die Gleichheit vor dem Gesetz, die ein Valadium unseres Rechtsstaates sein soll? Und wo bleiben hier die Güter des Gesetzes, welche die Ausführung der Reichsgesetze überwachen sollen?

Das ist alles ganz richtig. Wann aber hätte das Zentrum seine Machtposition im Reichstag dazu ausgenützt, um im Heere gesetzliche Zustände zu schaffen? Das Zentrum braucht nur zu erklären, daß es keinen Pfennig für Heereszwecke bewilligt, solange die nötigen Reformen nicht durchgeführt sind und die Machthaber werden gezwungen sein, nachzugeben.

Die bevorstehende Beratung der Militärvorlage würde dem Reichstag überhaupt eine günstige Gelegenheit bieten, endlich einmal an die Zustände im Heere die bessere Hand anzulegen. Aber auch diese Gelegenheit wird, wie bis jetzt noch jede andere, ungenützt vorüber gehen.

Der neue Kollerkurs in Nordschleswig.

Kürzlich berichteten wir über die Gehe der Regierung in Schleswig gegen den Arbeiter Mads Egholm in Bröns, der wieder in Preußen nach Einemal schuldig geworden ist, weil er als Sohn eines nach 1864 in Nordschleswig eingewanderten Dänen in Nordschleswig geboren ist. Wir riefen mit, daß Egholm eben erst das Gefängnis verlassen, in das man ihn gesteckt hatte, weil er einer Ausweisungsbefehl nicht Folge leisten wollte. Kaum hatte er das Gefängnis verlassen, als der Regierungsrat schon wieder auf Grund des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung eine Geldstrafe von 300 Mark und vier Wochen Gefängnis über ihn verhängte wegen der Weigerung, der Ausweisung nachzukommen, und ihm eine neue Ausweisungsbefehl zugehen ließ. Hiergegen legte Egholm Beschwerde beim Minister des Innern ein. Dieser hat in einem vom 31. März datierten Schreiben die Beschwerde zurückgewiesen, da ihm, wie es in dem Schreiben heißt, die Anwendung der gewählten Zwangsmittel als berechtigt erscheint. Im übrigen heißt es in dem Schreiben weiter, wurde der Oberpräsident in Schleswig auf die Beschwerde aufmerksam. Der preussische Minister des Innern, Herr von Falkenberg, erklärt sich also mit der Gehe gegen die Heimatslosen vollständig einverstanden und läßt dem neuen Kollerkurs in Nordschleswig, der wiederum durch die Landtage in Nordschleswig und die Regierung in Schleswig gemacht wird, freien Lauf. In einem Schreiben, vom 6. April datiert, teilt dann der Regierungsrat in Schleswig dem Arbeiter Egholm mit, daß er, weil seine Beschwerde vom Minister des Innern zurückgewiesen worden sei, am 16. April sich im Amtsgerichtsgefängnis in Schleswig einzufinden habe, um die gegen ihn festgesetzte Strafe von vier Wochen Gefängnis zu verbüßen, falls er nicht vorziehe, der Ausweisung Folge zu leisten. In dem Schreiben ist weiter bemerkt, daß während der Verbüßung dieser Haft auch die am 25. und 26. März festgesetzten Strafen von insgesamt acht Wochen Gefängnis Rechtskraft erhalten werden und

despaß gleich mitberührt werden müssen. So wird dem Arbeiter Mads Egholm am 16. April aufs neue das Gefängnis auf die Dauer von 12 Wochen anzuweisen, trotzdem er keinerlei gegen die Strafgesetze verstoßen. Vergehen begangen hat, nur weil er das Land, in dem geboren ist, wo er seit seiner Geburt gelebt und gearbeitet hat, wo er sich eine Familie gegründet hat, nicht verlassen will.
Preussische Kultur!

Der nationalliberale Kandidat für Barel-Feuer. Der zweiten oberrheinischen Reichstagswahlkreise Barel-Feuer hat nunmehr auch die Nationalliberalen ihren Kandidaten nominieren. Ihre Vertrauensmänner stellten den Rechtsanwalt Dr. Albrecht aus Hamburg auf.

Schon wieder ein verurteilter Redakteur. Die Strafkammer verurteilte den Genossen Neumann, von der „Arbeiterzeitung“ in Eilen wegen Verleumdung der Berliner Schutzmannschaft zu 600 M. Geldstrafe. Die Zeitung hatte anlässlich der Entsendung von Berliner Schutzleuten in das Streikgebiet einen Artikel mit der Ueberschrift „Freiheit für die Berliner Wörde“ veröffentlicht. Der Strafantrag war vom Berliner Polizeipräsidenten gestellt worden.

Was steht dahinter? Was hinter der angeblichen Ueberhebung der Liebesgabe steht, darüber läßt sich ein Fachmann über „Köln. Volksztg.“ wie folgt aus:

Die Befestigung des Kontingents unter gleichzeitiger Beibehaltung des im Gesetz 1909 eingeführten Durchschnittsbrandes und des Vergällungszwanges überfordert allsprinkonumterenden Kreise noch mehr als bisher der Willkür der Spirituszentrale. Die Spirituszentrale selbst konnte ihre Macht und Monopolstellung nur dadurch erreichen und erringen, daß in dem neuen Branntweinsteuergesetz der Durchschnittsbrand und vor allem die Abgabe der Vergällungszwang eingeführt wurde. Die Spirituszentrale wird von der Reichsregierung begünstigt, weil sie als Vorstufe zum Staatsmonopol dienen soll. An der Spirituszentrale beteiligten Kreise haben Interesse daran, jeht möglichst hohe Dividenden herauszuschütten, um bei der geplanten Einführung des Staatsmonopols... auf Kosten der Steuerzahler ungefähre Millionen Aufwändungen zu erlangen.

Die Dividenden der Spirituswerke bewegen sich jetzt zwischen 12-26 Proz. Eine Abfindung nach solchen Sätzen würde den gemeinen, armen und ärztlichen Schnapsbrenner nationale Gefühle um mindestens 1000 Proz. steigern und das gewöhnlich Pack müße berappen.

Die Durchpfeischung der Wehrvorlagen. In einem offiziellen Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ wird ausgeführt:

„In militärischer Hinsicht ist als spätester Termin für die beabsichtigte Aufstellung von Reformationen der 1. Oktober anzulegen. Doch muß der Heeresverwaltung für die umfangreichen Vorbereitungen die erforderliche Zeit gelassen werden. Deshalb müsse geradezu gefordert werden, daß die Vorlagen noch im Mai vom Reichstage verabschiedet werden. Ansehts der französischen, russischen und englischen Rüstungen würden wir bei weiterer Verzögerung der Wehrvorlagen immer mehr ins Hintertreffen geraten.“

Der Reichstag mußte die Zumutung mit Entrüstung ablehnen, sich auf die hier geforderte Durchpfeischung der Wehrvorlagen einzulassen. Die Heeresverwaltung hat wahrhaftig hinlänglich Zeit gehabt, ihre Vorlagen abzuschließen, und es lag kein Hindernis im Wege, dem Reichstage die Wehrvorlagen bereits lange vorher zugehen zu lassen. Die Absicht der Heeresverwaltung ist ja gerade, jede eingehende Kritik ihrer Forderungen zu verhindern. Zuerst bestand der Plan, die Wehrvorlagen möglichst ohne Kommissionsberatung im Reichstage durchzubrüden. Anstrengungen nach dieser Richtung hin sind bei den maßgebenden bürokratischen Fraktionen unternommen worden. Dieser Plan ist offenbar gescheitert.

Freisprechung eines anarchistischen Redakteurs. Unter der Anklage der öffentlichen Aufforderung zur Verletzung des Gesetzes hat sich vor der 4. Strafkammer des Landgerichts in Berlin der Schlosser Köster zu verantworten. Der Angeklagte ist verantwortlicher Redakteur der anarchistischen „Zeitschrift „Der Krieger“. Er hatte am 31. Januar d. J. einen Artikel unter der Ueberschrift „Die drei Säulen des kapitalistischen Staates“ veröffentlicht, der nach der Auffassung der Anklagebehörde eine Aufforderung zum Generalstreik unter Kontraktbruch enthält. Der Vertreter der Anklage beantragte den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung, während der Verteidiger für volle Öffentlichkeit der Verhandlung eintrat. Das Gericht lehnte den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit ab.

Der Vogt von Eyll.

Erzählung von Theodor Mügge.

33]

Eine Waise schwermütiger erapier Gedanken lagerte auf Lorenzens Gesicht. Er hatte keine Nachricht von Lina erhalten, und viel zu stolz, um irgend einen Versuch zu machen, durch seine Annäherung auf ihre Entschlüsse einzuwirken, hatte er es vorgezogen, nichts zu tun, was zwingend für sie sein könnte. Die Worte des Barons, daß Lina einen untergeordneten Menschen sich niemals leichsinig verzeihen würde, hatten sich ihm wie in Erz eingegraben, denn seinen Augenblick zweifelte er daran, welche Bedeutung sie haben sollten. Er war überzeugt, daß der Baron die Szene im Garten gesehen hatte, daß er recht gut wußte, was zwischen ihm und Lina vorgefallen war, doch statt zornig zu werden, zog der staatskluge Vater es vor, in seiner Weise die Karten zu mischen.

„Sie soll es nicht bereuen“, murmelte Jens zum tausendstenmale hinter sich hin, als er vor der Tür des Barons stand; denn möchte er den Ernst von seiner Seite, und als er bei einem der großen Wandspiegel vorüberging, lächelte er über seine treffliche diplomatische Vervollkommnung, denn er sah in der Tat heiter und unbefangenen aus, während sein Herz in heftigen Schlägen pochte.

Der große Wagen des Staatsrats stand angepöppelt im Hofe. Er war eben zu Hause gekommen und empfing Lorenzen, den Gut in der Hand und in Uniform, oben an der Treppe.

„Mein lieber Lorenzen“, rief er ihm entgegen, herzlich erheitert, Sie zu begrüßen. Sie sehen mich noch mit Stern und horriblerm Kopf; ich komme von Sr. Majestät. Gestern Abend habe ich dem König Ihre Promemoria übergeben, er hat sich logischer damit beschäftigt; Sie wissen, es ist seine Art, unermüdlich zu sein und trotz seines Alters bis tief in die Nacht hinein zu arbeiten und zu lesen. Es ist nun am besten, wenn ich Ihnen die eigenen Anmerkungen des Königs wiederhole. „Wie alt ist der Lorenzen?“ fragte er mich. „Einige dreißig Jahre, Majestät.“ „Es muß viel Feuer und Lebhaftigkeit in diesem Manne sein, aber er ist ein vorzüglicher Kopf, ein Mann von gebieterischer Strenge und großen Fähigkeiten. Die Arbeit ist ausgereizt, der Krampfing soll sie lesen. Sagen Sie dem Lorenzen, daß ich ihm danke und mich seiner erinnern werde. Wenn er etwas will, soll er zu mir kommen, es wird mir überaus angenehm sein, ihn zu sprechen. Sagen Sie ihm das.“

„Der König ist gnädig“, sagte Lorenzen.

S. 2.

„Er ist gerecht“, beriefte Sammerstein; Ihre Arbeit ist wirklich merkwürdig, scharf, klar und überzeugend — bis auf die Verteidigung Ihrer Ansicht vom Staatsrecht der beiden Herzogtümer“, fügte er lächelnd hinzu. „Das ist es, was Sr. Majestät als Feuer und Leidenschaft bezeichnet, doch das wird sich geben. Die nächste Aufgabe ist nun die, den Krampfing zu interessieren, dazu aber wird eben jenes leidenschaftliche Feuer nicht wenig beitragen. Vor drei Stunden hat er die Denkschrift erhalten und nun machen Sie sich darauf gefaßt, lieber Freund, gerufen zu werden. Sie sehen, alles ist jetzt wohl eingeleitet und im besten Gange des Bestehens. Sind Sie persönlich mit dem Herrschaften bekannt, so legen magische Schlingen sich um Ihre Nübe und tragen Sie empor zu den Göttertafeln, wo Nektar und Ambrosia bereitet.“

Der Eindruck, welchen diese Mitteilungen auf Lorenzen machte, war kein höchstbarer, dennoch aber war er bedeutend genug. Ein eheliches Feuer brannte tief in ihm und mischte sich mit seiner Liebe zu Lina. Er wußte, daß seine Nähe nur Verzückung finden würde, wenn er durch Rang und Stellung dazu berechtigt würde, und stolz und mutig wie er war, hob er den Kopf hoch empor, als der Staatsrat mit seinem feinen, beobachtenden Blicke ihn betrachtete.

„Ich bin zwar nicht gewöhnt“, sagte Lorenzen, „auf den Parletts konvulsischer Gemücher zu geben, allein ich hoffe, wenn ich die Ehre habe, den König oder den Prinzen zu sprechen, mich dessen würdig zu beweisen; sollte ich auch bei Hofleuten Gegenstand ihrer Anmerkungen werden.“

„Dafür sorgen Sie nicht“, rief Sammerstein lächelnd. „Sie sind etwas feif und grade, Ihr Trit ist fest, Ihre Sprache laut und tief, das alles kann den Vorzungen nicht gefallen. Kimmern Sie sich aber nicht darum; Kammerleutnantsmännchen sind für gewisse Geschäfte gewöhnliche; doch auch die Könige wollen zuweilen mehr und sehen es gern, wenn man sie menschlich behandelt, wäre es auch nur des Sautignous wegen, der den Appetit reizt. Der König ist ein einfacher Mann, reden Sie mit ihm von der Leber fort, ohne zu vergessen, wer er ist; der Prinz wird Ihnen selbst schon auf den rechten Weg helfen. Aber es ist merkwürdig, daß mit Lina fast dasselbe gesagt hat. Den betreffenden Menschen, die ewig zu lächeln und sich zu bilden wissen, wird Lorenzen nicht gefallen, sagte sie, doch bin ich überzeugt, daß der König sowohl wie der Prinz ihn mit Hochachtung empfangen und wiederzusehen werden.“

„Diese gute Meinung werde ich nicht aufgeben werden lassen“, erwiderte Jens.

„Sagen Sie ihr das selbst“, rief der Baron, „oder sagen Sie ihr nichts, gleichviel, Sie haben eine herrliche Freundin an Lina, Herr Lorenzen. Ja, was ich Ihnen neulich sagte, von

einer Partie, das klebt unter uns. Lina hat, wie alle Mädchen, ihre Launen. Sie hat dem armen Branden erklärt, es sei ihr unmöglich, jetzt schon seine Wünsche näher zu überlegen, und da ein Jahr bei ihm nicht viel ausmache — er ist zwei- oder dreihundertjährig, der arme Baron — so wolle sie sich und ihn prüfen. Was Waldemar betrifft, so ist die Sache ernstlicher. Er ist fürmischer, weil er jünger ist, und begehrtlicher, weil er zu fürchten hat. Er soll erst Stellung gewinnen, der Kammerjunker behagt ihr nicht. Darin hat sie recht; ihr stolzer Ehemann verlangt die Höhe des Lebens. Nun, Waldemar wird Kammerherr werden und dann irgend eine ehrenhafte Sendung oder Stellung erhalten. Wir werden heute mit beiden spielen, wahrhaftig, es ist hohe Zeit. Kommen Sie, lieber Lorenzen, ich begleite Sie hinunter; wir werden, wie ich denke, die Gesellschaft schon beisammen finden.“

Die Freude, welche Lorenzen empfand, bestellte ihn im reichsten Maße. Sein Gesicht verlor den stillen, ernsten Ausdruck, seine Augen strahlten in dem Glück, das ihn erfüllte; er fühlte seinen Körper unter dieser Herrschaft aller Schmeicheleien entoben und das Blut in seinen Adern brennen. So folgte er dem Baron in die Gesellschaftszimmer, wo man allerdings auf ihr Erscheinen schon wartete.

Außer dem Kammerherrn und Waldemar waren einige andere Damen und Herren vorhanden, alte Freunde des Hauses, Verwandte und vornehme Familien, unter denen der bürgerliche Lorenzen, der Subalternbeamte in der deutschen Kanlei, als ein Eindringling erschien, der durch eine seltsame Laune hierher berufen worden war.

Es war bekannt genug, durch welchen Zufall er den Staatsrat kennen gelernt und welchen sogenannten Dienst er ihm und dem Fräulein erloschen hatte. Daß der Baron dies großmütig zu verzeihen suchte, fand man gerechtfertigt, daß der friehliche Bauer aber auch heute im engen Familienkreise Eingang fand, schien denen, die darüber nachdachten, doch etwas weiter gegangen, als notwendig.

Waldemar war dem Eintretenden einen feindlichen Blick zu und setzte dann sein Gesicht mit einer jungen Gräfin fort, welche neben ihm stand. Lina blickte sich ihm gegenüber mitten in dem Kreise der Gesellschaft, von dem Kammerherrn beschützt, der seine ganze Lebenswürdigkeit in Beschreibung seiner jüngeren Jahre auf die ererbten Güter zu entwickeln suchte, wo alles italienisch war.

Der Staatsrat hielt Lorenzen bei der Hand, und in dem er seine Hände begrüßte, führte er ihn mitten in die Gesellschaft.

(Fortsetzung folgt.)

Als Sachverständiger wurde der Schriftsteller Helmut o. Ge-lach vernommen. Nach seiner Ansicht sind die deutschen Anarchisten reine Ideologen. Es sei dem Angeklagten also zu glauben, daß er die Arbeit theoretisch aufgefasset hat. Er mußte ihn sogar so auffassen. Die Anarchistengruppe unter den deutschen Arbeitern sei so klein, daß sie überhaupt nicht ernstlich daran denken könne, zum Generalkrieg aufzufordern. Das Wort "revolutionär" habe auch tatsächlich nichts mit der Revolution im Deutabellense, also mit Gewalttätigkeit, zu tun, was jeder Politiker bestätigen würde. Es bedeute nichts weiter als eine grundsätzliche Umwandlung der heutigen Gesellschaftsordnung. Der Staatsanwalt hielt an der Auffassung fest, daß in dem Artikel die Aufforderung enthalten sei, in einen plötzlichen Generalkrieg einzutreten, also Kontraktbruch zu begehen. Er beantragte daher eine Gefängnisstrafe von einem Monat.

Das Gericht sprach jedoch den Angeklagten, dem Antrage seines Verteidigers entsprechend, frei mit der Begründung, daß der Artikel nur theoretisch aufzufassen wäre.

Ausland.

Jungtürkische Gewaltpolitik.

Das Internationale Sozialistische Bureau erhielt aus Saloniki Mitteilungen über die eigenartigen politischen Praktiken, die dort gegenwärtig angewendet werden. Die Mitglieder der sozialistischen Partei werden dort zahllosen Schlägen ausgesetzt und man tut alles, um ihre Tätigkeit lahmzulegen.

Die Agitation der sozialistischen Arbeitervereine in Saloniki hat außerordentlichen Erfolg gehabt; der Bund, den sie mit verschiedenen Gruppen der Opposition geschlossen hatte, hätte ihr fast den Sieg gebracht. Da aber die Arbeitervereine die besten Ausichten bei den Parlamentswahlen hatte, und da die große Mehrheit der Bevölkerung von Saloniki die sozialistische Organisation unterstützt, ist der jungtürkischen Partei (Parti Union et Progrès) jedes Mittel erlaubt, die Sozialisten zu bekämpfen.

Die Jungtürken die Regierungsgewalt haben, verweigerten sie das Versammlungsgesetz und legen der sozialistischen Agitation dadurch Fesseln an; sie verbieten den Sozialisten einfach, Wählerversammlungen einzuberufen. Außerdem verleiht die herrschende Partei die versammlungsmäßigen Gesetze, verkörpert die Schritte der Arbeitervereine ein und verbannte drei von ihnen nach Drama. Jetzt ist man dabei, das Lokal der Vereinigung gewaltsam zu schließen, die Reakteure der Zeitung „Soltbaridai Doradera“ zu verhaften und die Herausgabe dieses Blattes zu verweigern.

Nach Informationen aus sicherer Quelle wird der ganze Vorstand der Vereinigung verhaftet werden, wenn man nicht mit aller Energie interveniert.

Viele Vorgänge sind um so empörender, als die Wahlen in einigen Kreisen schon begonnen haben. Diese sind so raffiniert eingeleitet, daß in erster Linie die muslimänische Bevölkerung davon Vorteil hat. Die Wahlkommissionen sind ausschließlich aus Angehörigen der jungtürkischen Partei zusammengesetzt; die Wahlbesche werden in der schamlosesten Weise verweigert und der Versuch wird aang offen ausgeübt.

Der Druck, den die Behörden auf die Sozialisten ausüben, wird von Tag zu Tag stärker. Die Bevölkerung wird terrorisiert, die meisten Wähler enthalten sich deshalb der Wahl.

Das Internationale Sozialistische Bureau protestiert noch einmal gegen diese Gewalttätigkeiten.

Es macht die demokratische Presse aller Länder auf die skandalöse Behandlung der Mitglieder der sozialistischen Arbeitervereine in Saloniki aufmerksam und fordert die Presse auf, sofort einen energischen Feldzug zu eröffnen, um die Befreiung der eingekerkerten Genossen und um einem skandalösen Zustande ein Ende zu machen, der schon zu lange hat bestehen können.

Ein weiteres Telegramm, das das Internationale Sozialistische Bureau erhielt, enthält folgende Meldung: Der Kandidat der sozialistischen Arbeitervereine Dimitri Vialoff, ist eben verhaftet worden.

Der Kampf des Sozialismus gegen die Jugendpflege.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Die finnischen Arbeiterinnenorganisationen hatten es sich angelegen sein lassen, sich der Kinder der Arbeiterklassen anzunehmen. Kinder unter schulpflichtigem Alter wie auch Schulpflichtige wurden in sog. „Johne-Vitto“ oder Ideal-Verbände organisiert. Derselbe willige Frauen beschäftigten sich mit der aufwachsenden Jugend, deren Erziehungsmängel beklagte und denen wertvolle Kenntnisse für das Leben vermittelt wurden. Diese Arbeit verbrachte einen schönen Erfolg, und die Arbeiterschaft freute sich, die Jugend schon von Kindesbeinen an zielbewußt dem Leben entgegengehen zu sehen. Aber — den russischen Gewaltthoren packte diese Kulturarbeit nicht in den Kram. Der Generalgouverneur ließ die Organisationen erst gründlich bespitzeln und löst jetzt in ganzen Lande die Kinderorganisationen auf. Er hat dazu keinerlei geistliche Handhabe, aber er gebietet und die Polizei führt seine gesegneten Befehle aus. Natürlich leisten die Organisationen nach Möglichkeit Widerstand. Aber da fast die gesamte Administration aus den Kreaturen des Generalgouverneurs besteht, wird man bei den Behörden vergeblich Hilfe suchen.

Eine Dynamiterschöpfung in Mexiko. Die mexikanische Regierung entdeckte, wie aus Mexiko gemeldet wird, eine Dynamiterschöpfung zur Ermordung Maderos und zur gleichzeitigen Sprengung vieler öffentlicher Gebäude. Hinterrückstände der Verschwörer sind bis jetzt verhaftet. Das vorzeitige Bekanntwerden der Verschwörung ermöglichte zahlreichen Verdächtigen unter ihnen auch Anhänger des früheren Präsidenten Diaz, die flucht. Die Verhaftungen erstrecken sich auch auf andere Städte. Unter den Verhafteten befinden sich die bekannten revolutionären Abgeordneten Parra und Gonzales Oteira.

Ein Attentat gegen den Präsidenten Tait. Ein mit einem Messer bewaffneter Mann drang am Sonnabend in das Weiße Haus ein und suchte den Präsidenten Tait zu erreichen. Er wurde festgehalten und gab an, Michael Winter zu heißen und deutscher Staatsangehöriger zu sein. Er behauptet, daß der Vorkämpfer Graf v. Bernstorff ihm eine Einführung zum Präsidenten verweigert habe. Trotz bestiger Gegenwehr wurde er überwältigt und wird jetzt auf seinen Geisteszustand untersucht.

Kammerpräsident Brisson gestorben. Der Präsident der französischen Deputiertenkammer, Brisson, ist Sonntag vormittag 10 Uhr gestorben.

Die „friedliche Durchdringung“ Marokkos. Aus Tanger wird gemeldet: General Ditté wird sich mit einer starken Truppenabteilung, die sich aus 18 Kompanien, einer Schwadron Kavallerie und einer Batterie Artillerie zusammensetzt, nach Tizian begeben, um die Unruhen, die in der letzten Zeit in dieser Gegend ausgebrochen sind, niederzudrücken. Mohammed el Baiani, ein einflussreicher Marokkanerführer, fährt fort, eine lebhaft antifranzösische Agitation zu treiben. Er fordert alle Stämme auf, sich zu sammeln, um gemeinsam gegen die französischen Truppen ins Feld zu rücken. Die französischen Behörden sind fest entschlossen, eine Konzentrierung der Stämme zu verhindern, bevor es zur Revolte kommt.

Meuterei auf einem französischen Kriegsschiff. Das Schlachtschiff „St. Louis“ befindet sich gegenwärtig in der Bucht von Langoerich, wo es Liegenen abhält. Da das Schiff um Anstich zu sehen werden sollte, wurde es mit einem neuen Anstrich versehen. Die Mannschaft verrichtete die Arbeit nur revolutionäre Lieder an. Der Kapitän gab sofort Befehl, daß den Unflüchtigen der Leute nachgehoben werde. Der den Leuten wegen seiner Strenge unbeliebt ist. Die Wände des Schiffes sind mit anfeindlichen Inschriften bedeckt.

Die englische Luftflotte. Das Kriegsministerium hat eine Denkschrift veröffentlicht, die ein neues Schema für die Schaffung von Luftschiffabteilungen für Meer und Flotte enthält. Aus der Denkschrift ist zu ersehen, daß 854 Flieger für das Meer bestimmt werden und für die Flotte 40. In diesem Jahre werden 60 Flieger ausgebildet werden.

Sozialistische Studenten-Organisation. Die Intercollegiale Socialist Society die Zusammenfassung der sozialistischen Vereine der einzelnen Universitäten, zählt jetzt Ortsvereine an 41 unter den etwa 460 Hochschulen der Vereinigten Staaten. An 7 weiteren sind Vereine in Bildung begriffen. Viele dieser Vereine betätigen sich durch Verbreitung von Literatur. 6 sind in der Öffentlichkeit tätig.

Ein sozialistisches Wochenblatt in Mexiko ist unter dem Titel: „El Sozialista“ gegründet worden. Diese unerschöpfbare Lachfläche mag für die Geschichte und die Kultur des Landes wichtiger sein, als ein weiteres halbes Duzend landesüblicher „Revolutionen“ mit ihrem Zubehör von „glänzenden Siegen“ und sonstigen Greneln.

Die englischen Lehrer für Schulkinder. In der in Dull abgehaltenen Sitzung des Nationalverbandes der Lehrer wurde eine Resolution angenommen, die eine Verpflichtung der örtlichen Behörden zur Errichtung von Schulklassen mit Unterweisungen für Zahnheilkunde fordert. Der Referent stützte sich zum Verweise der Notwendigkeit auf den Bericht des örtlichen Beamten im Unterrichtsministerium, nach welchem etwa zehn Prozent der Kinder der Volksschulen an Zahnerkrankungen 3-5 Prozent an Gehörsehstörungen, 1-3 Prozent an Erkrankungen im Ohr, 8 Prozent an Krämpfen, 20-40 Prozent an schlechten Zähnen und ein kleiner Teil an Wärmern leiden.

Vom amerikanischen Sozialismus. Es ist merkwürdig, wie mächtig im äußersten Westen, am Gestade des Großen Ozeans, der Sozialismus die Arbeiterschaft erfaßt. Zu den Unionstaaten Washington, Kalifornien usw. kommt nun weiter nördlich Britisch-Columbia, im fernsten Westen von Kanada. Dort wies die Konvention des Gewerkschaftsverbandes eine so überwiegende sozialistische Strömung auf, daß sie von der bürgerlichen Presse auf 85 Prozent der Vertreterwahl geschätzt wird. Bei einer Probeabstimmung ergaben sich nur 2 Stimmen gegen den Sozialismus. Von den Provinzialparlamenten erwartet man große Ueberrassungen.

Schlesien, Polen und Nachbargebiete.

Streitbrecher gesucht.

In allen Konversationen, Leitfäden und auch freisinnigen Blättern der Provinz sucht die Görlitzer Waggonfabrik Arbeiter aller Verufe zum sofortigen Austritt.

Mit dem Hinweis auf die dort zwischen der Gesellschaft und ihren Arbeitern bestehenden Differenzen ersuchen wir etwaige Arbeitswillige fernzuhalten.

Fünfte Gaukonferenz des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes für Schlesien am 6. und 7. April in Görlitz.

Im festlich geschmückten Saale des „Goldenen Adlon“ fanden sich gegen Abend des 6. April die Delegierten des schlesischen Textilarbeiterverbandes ein. Inmitten von Gewächshäusern und frischem Grün standen im Hintergrunde des Saales die Büsten unserer großen Vorkämpfer, die von Marx und Lassalle, Kollege Traub (Görlitz) begrüßte die Delegierten mit schlichten, herzlichen Worten im Namen der Görlitzer Textilarbeiter. Die Arbeiter-Sänger-Vereinigung wartete mit einem Kampfliede auf, welches lebhaften Beifall auslöste.

In den Vorstand werden gewählt Plebly-Blumencru, Bang- und Haberecht-Langenbielau, sowie Hermann-Begwitz und Frisch. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf:

1. Geschäfts- und Kostenbericht.
2. Die geplante Volksversicherung
3. Unsere Lohnpolitik.
4. Die Generalversammlung in Stuttgart und Anträge zu derselben.
5. Die Heimarbeit in der Textilindustrie.
6. Wahl des Gau- und nächsten Konferenzortes.
7. Verschiedenes.

Nach Wahl der Mandatsprüfungskommission erstattet Gauleiter Frisch den Geschäftsbericht. Aus demselben ist zu bemerken, daß die am Schlusse des letzten Geschäftsberichtes ausgesprochenen Wünsche leider nicht voll in Erfüllung gegangen sind. Die Verbesserungen haben sich nicht in dem Maße gehoben, wie man allgemein gehofft habe. Immer noch leidet die Textilarbeiterklasse unter der schon drei Jahre andauernden Krise. Lohnbewegungen konnten aus diesem Grunde nur in geringerem Umfange durchgeführt werden.

Im Jahre 1910 fanden nur vier Lohnbewegungen statt, die sämtlich mit einem Erfolge für die Beteiligten endigten.

Im Jahre 1911 wurde die Bewegung etwas lebhafter. Die gestiegenen Lohnforderungen wurden mit geringen Ausnahmen auf friedlichem Wege, d. h. durch Verhandlungen erledigt. Hervorzuheben von diesen Bewegungen sind folgende:

Bei der Firma Louis Schuster in Görlitz, Posamentenfabrik, wurden nach einem heftigen Streik für zwanzig Arbeiter wöchentlich je 1,60 Mark Lohnzulage erreicht.

In Landeshut wurde bei der Firma Schief. Textilwerke (Seidenweberei) für 179 Arbeiter eine Arbeitszeitverlängerung von wöchentlich insgesamt 252 Stunden erzielt, ohne Arbeitszeinstellung.

Desgleichen wurde ohne Arbeitszeinstellung in Sagan bei der Firma Hof. Adlon. Beer durch Verhandlungen für 24 Stuhlbohrer eine Lohnzulage von je 1,20 Mark im Betrage von 34 Mark pro Mann erreicht und das lästige Prämienystem beseitigt.

Ohne Arbeitszeinstellung wurden bei der Firma Neumann in Streichen für 88 Strickertinnen durch Verhandlungen mit dem Gauleiter und Geschäftsführer Dreifacher eine zehn- bis zwanzigprozentige Lohnerhöhung erzielt und für drei Kinder festgesetzt.

Bei der Firma Wehner (Kand. Schud), Seidenweberei, wurde durch Verhandlungen für 46 Arbeiter pro Woche 2,50 Mark Lohnzulage erreicht, ebenso bei der Firma Wehner Kaufmann, (Wollweberei) für 295 Arbeiter eine Arbeitszeitverlängerung von wöchentlich insgesamt 252 Stunden erzielt, ohne Arbeitszeinstellung.

Desgleichen wurde ohne Arbeitszeinstellung in Sagan bei der Firma Hof. Adlon. Beer durch Verhandlungen für 24 Stuhlbohrer eine Lohnzulage von je 1,20 Mark im Betrage von 34 Mark pro Mann erreicht und das lästige Prämienystem beseitigt.

Sache mit uns machten, so brachten sie doch aber durch Streikbruch die Arbeiterschaft um den vollen Erfolg einer Bewegung anlässlich des Festeinweihens in Görlitz bei. Die Bewegung hatte zwar einen schönen materiellen Erfolg, aber es wurden eine ganze Reihe Mängel in der Bewegung festgemacht. Die Gewerkschaften unterführten den Betriebsinhaber Dehne dadurch, daß sie den Betrieb während des Streiks mit Streikbrechern besetzten. Der erkrankte Lohnarbeiter brachte für die Arbeiterschaft eine 10- bis 15 prozentige Lohnzulage.

Bei der Firma Merfeld in Sonne in Gehardtsdorf hatte die Organisation Fuh gefaßt und gegen 90 Mitglieder gewonnen, von der 200 Mann starken Betriebschaft, als der Betriebsleiter Laßmann und der Inhaber Merfeld (Seide „liberale“ Männer) die Mitgliedsbücher abforderten und jedem mit Entlassung drohten, der sein Mitgliedsbuch nicht im Fabrikkontor abgibt und aus dem Textilarbeiterverbande austritt. Diese elat-nre Gesehbewegung wurde von uns der Staatsanwaltschaft angezeigt, dieselbe lehnte jedoch ein Einschreiten ab.

Während vorgenannte Bewegungen um großen Teil erfolgreich waren, so mußten doch aber auch andere wieder erfolglos abgebrochen werden, um günstigere Zeit- und Konjunkturverhältnisse abzuwarten.

Aus Anlaß der im Herbst 1911 einsetzenden allgemeinen Teuerung wurden in ganz Schlesien Versammlungen abgehalten, in welchen beschlossen wurde, an die Betriebsinhaber mit der Forderung einer Teuerungszulage heranzutreten. Leider waren die Versammlungen, dem Zweck entsprechend, nicht so besucht, wie es hätte sein müssen, und die Unternehmer kamen nur in ganz geringem Maße den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nach. Die Vereinfachung wurde allgemein auch von den Unternehmern anerkannt. Die größten Firmen, wie Chr. Bierig (Langenbielau), S. Kränkel (Neutadt), Schief. Leinenindustrie in Freiburg u. a. besetzten ihrer Arbeiterschaft annehmlich billige Kohlen, Karloffeln, Kraut, wozu die Firma Selme. Schmeider (Hausdorf) ihren ihrer verarbeiteten Arbeiter zu Weihenachten ein Pfund Schmelzblei, den Leblagen aber bloß eine Brotkruste und eine Leberwurst im Werte von circa 30 Pf. ausshändigte. Auf diese „Wohltaten“ hätten die Arbeiter auch gerne verzichtet, hätte man ihnen lieber eine Lohnzulage gewährt.

Eine ähnliche Ausnahme machte die Firma Jung in Langenbielau, welche ihren Arbeitern je einen Wochenlohn als Teuerungszulage gewährte, während die Firma Kaufsch in Meichenbach den männlichen Arbeitern fünf Mark, den weiblichen drei Mark verabsolgte.

Die Tätigkeit des Gauleiters in den beiden Berichtsjahren war eine ziemlich umfangreiche. In seinem Besitze fanden seit 188 öffentliche Versammlungen, 191 Mitarbeiter-Versammlungen, 82 Fabrik-Versammlungen, 116 Sitzungen und Besprechungen. Außerdem hatte der Gauleiter noch in 83 Fällen Verhandlungen mit Unternehmern, die in sechs Fällen zu einem nicht befriedigenden Resultat führten. Außer dem Gauleiter war noch 22 Kollegen und zwei Kolleginnen insgesamt 97 Mal agitatorisch tätig.

Es wurden in den zwei Berichtsjahren im Gau herausgegeben an frische Mitglieder die Summe von 46.855 Pf. M., für Arbeitslose 11.807,00 M., an Sterbeunterstützung 2.935,60 M., für Hilfe, Nachregelungen, Rechtschutz, Umzugs- und Notstands-Unterstützung zusammen 14.806,42 Mark. Für Streiks wurde herausgegeben die Summe von 8727,77 Mark. Der Mitarbeiterwortsatz betrug im Gau in der Berichtszeit 1912. Der Bestand war am Schlusse des 4. Quartals 1911 8226.

Am den Geschäftsbereich schloß sich eine lange Debatte, in der hauptsächlich Fragen der Organisation und Agitation behandelt wurden. Lebhaft wurde darüber geklagt, daß der Textilarbeiterverband die ihm gezogenen Grenzen bei der Mitgliederbereinigung nicht innehielt.

Am 2. Verhandlungstage referierte zunächst Geschäftsführer Dreifacher-Langenbielau über die vom letzten Gewerkschaftskongress beschlossene Einführung der Volksversicherung. Hierauf besprach der Vertreter des Zentralverbandes Schrader-Berlin die Lohnpolitik, die für das Eintreten in eine Lohnbewegung unumgänglich notwendig ist. In Zukunft soll die Statistik nur in einer einzigen Woche jeden Betriebsabzuges vorgenommen werden. Sämtliche Diskussionen erklären sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Eine Anzahl Anträge zur General-Versammlung in Stuttgart fanden Annahme. Eine kurze Debatte enthielt sich noch über das mehr und mehr zur Einführung gelangende Mehr-Rußlandem. Die Organisationsleitung wird beauftragt, dieses System im Laufe zu erhalten und gegebenenfalls das Notwendige zu veranlassen, um der Ausbeutung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer möglichst abzuwehren.

Ueber die Heimarbeit in der Textilindustrie referierte nunmehr Schrader-Berlin. Redner bespricht zunächst die Notwendigkeit arbeiterlicher Maßnahmen zum Schutze der Heim- oder Hausarbeiter.

Als Gauort wird die an die wiedergewählt. Als Ort der nächsten Gaukonferenz 1914 wird von den vorgeschlagenen Orten Breslau bestimmt.

Unter „Verschiedenes“ wurden von Scholz-Landeshut noch einige Anregungen gegeben in Bezug auf das Verteilen von Flugblättern nach den neueren Bestimmungen. Die mehrer Laubow regte nach an, eine Konferenz der Mann- und Arbeiter von Schlesien stattfinden zu lassen, und erwies die Gauleitern, das Notwendige zu veranlassen. Bressler-Görlitz forderte vom Zentralverband die Lieferung von Material zur Agitation. Ähnlich wie die Partei in der Parteikongressbesetzung solches liefert. Nach einigen Erörterungen geschäftlicher Art ist die Tagesordnung erschöpft.

Gauleiter Otto Frisch ließ nun die Resultate der Verhandlungen noch einmal in kurzen Worten Revue passieren, und hoffte, daß die Konferenz weiter dazu beitragen möge, die Sache des Textilarbeiterverbandes in Schlesien zu fördern. Mit einem Hoch auf die Textilarbeiterbewegung in Schlesien wurde sodann die Konferenz in später Nachmittagsstunde geschlossen.

Neurode, 16. April. Durch Explosion von Feuerwerkskörpern brach Freitag vormittag im Hinterhof der „Dracerie zum Löwen“ Feuer aus, das solchen Qualen entwickelte, daß die Rettungsarbeiten nur unter den schwierigsten Umständen vor sich gehen konnten. Die Feuerwehren mußten sich hauptsächlich darauf befleißigen, die Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Durch die Explosionen wurde der Fußboden zertrümmert und sank in die darunter befindliche Wohnung des Polizeiaffistenten Wps, dessen Familie sich nur mit Not retten konnte. Mittags war die Gefahr beseitigt.

Striegau, 14. April. Leichenfund. Nach mehr als vier Wochen als Leiche aufgefunden wurde im tiefsten Steinbruchteil der Kammereitarbeiter Robert Wenzel von hier. Er wurde bereits seit dem 9. März vermißt und es ist zweifelhaft, ob er Selbstmord verübte oder verunglückt ist.

Karmelitergeist „Tutwohl“

Ist die Krone aller Hausmittel. 12 Fl. 3 Mk.; bei 24 Fl. 6 Mk. franko. Tutwohlwerke Halle an der Saale, Mühlweg 20.

Vorsicht! Ist beim Einkauf der echten Karmelitergeist Tutwohl, genau so zu erkennen, wie bei anderen altbekannten Karmelitergeist, da es Karmelitergeist Tutwohl vielfach zum Schaden des kaufenden Publikums in billiger minderwertiger Qualität nachgemacht wird. Achten Sie genau auf den Namen Karmelitergeist.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Oswald. - Redaktion und Expedition: Neue Straßburger 7. - Druck: „Der Volksfreund“, G. M. S. - Preis: 10 Pf. - Nummer 1000.

Dienstag, den 16. April 1912.

Der zweite sozialdemokratische Frauentag.

Der 12. Mai ist der Tag der Frauen. An allen Orten, in denen eine Parteiorganisation besteht, werden am 12. Mai Frauen-Versammlungen abgehalten werden, die der Forderung des Frauenwahlrechts gelten. Wie im vergangenen Jahre, ist es die sozialdemokratische Partei, die den „Frauentag“ veranstaltet, und die freien Gewerkschaften haben versprochen, die Aktion bestens zu unterstützen. Sache der örtlichen Organisationen, und nicht liegt der weiblichen Mitglieder in ihnen, ist es nun, den Frauentag zu einer wichtigen Rundgebung für die politische Gleichberechtigung der Frau zu gestalten. Die Eroberung des Frauenwahlrechts wird in steigendem Maße zu einer sozialen Lebensnotwendigkeit nicht nur für die proletarische Frau, sondern für die gesamte Arbeiterklasse. Erklärlich genug: die Klassengegensätze werden schärfer, die Klassenkämpfe deshalb härter; das Interesse der im Kampfe stehenden Arbeiterklasse erfordert es, daß möglichst alle Kräfte dem Kampfe dienstbar gemacht werden, also auch die der Frauen. Diese aber stehen heute waffenlos im politischen Kampfe, weil ihnen das Wahlrecht fehlt. Sie zu gleichberechtigten Kämpferinnen zu machen durch die Eroberung des politischen Wahlrechtes, sie damit zu befähigen, um so wichtigeren Siege im politischen Kampfe führen zu können, bietet das Klasseninteresse im Proletariat.

Diese Erkenntnis ist es, die zur Veranstaltung des Frauentages geführt hat. Durch ihn wird die alte Propagandaforderung der sozialdemokratischen Partei, die volles Bürgerrecht des Weibes herbeizuführen, mitten in die politische Agitation getaucht und es werden die proletarischen Frauen zu bewußten Trägerinnen dieser Forderung. Je größer ihre Zahl ist, die am 12. Mai sich am Frauentag beteiligen, desto wirksamer wird ihre Forderung unterstrichen, desto mehr auch der Nachweis der politischen Reife erbracht und desto umfassender und gründlicher werden die noch teilnahmslos seitwärts stehenden Frauen ausgerüstet und zur politischen Betätigung angepornt. Gewiß Gründe genug für unsere Genossinnen, keinen Tag und keine Stunde zu versäumen, die der Propaganda für „unseren Tag“ dienen können.

Uns Werk! Ruhet die Stunde! Das sei deshalb die Losung der Genossinnen.

Arbeiterbewegung.

Eine Niederlage der Zentrumschriften.

Bei der Gewerbelegewahl in Köln a. Rh. haben die Zentrumschriften eine Niederlage erlitten. Sie verloren zwei Sitze, von denen die freien Gewerkschaften und die Christlich-Sozialen je einen gewonnen. Die freien Gewerkschaften erhielten rund 18.000 Stimmen und 28 Beisitzer, die Christlichen 7600 Stimmen und 1 Beisitzer und die Christlich-Sozialen 810 Stimmen und 2 Beisitzer. Die Stimmenzunahme beträgt bei den freien Gewerkschaften 1758, bei den Christlich-Sozialen 328 und bei den Christen ganze 6. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand das Verhalten der Christlichen bei dem Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier. Die Antwort der Arbeiterpartei des heiligen Köln ist eine schwere Züchtigung der

Aus aller Welt.

Babim, der Vampyr. In Petersburg wurde dieser Tage ein Mordprozess verhandelt, der allgemeines Aufsehen erregte. Ein erst achtzehn Jahre alter Mensch, Nikolai Katschewitsch, war angeklagt, zwei Mädchen unter grauenhaften Umständen ermordet zu haben. Vor einigen Wochen kam er mit einem jungen, hübschen Mädchen in ein billiges Hotel Petersburgs und ließ sich ein Zimmer geben. In aller Frühe rüttelte er den Portier aus dem Schlafe und verlangte aus dem Hause gelassen zu werden. Da dem Portier die nervöse Gestalt des jungen Mannes auffiel, eilte er in das Zimmer und fand hier das Mädchen, mit den Kleidern bedeckt, regungslos auf dem Sofa liegen. Als der Portier die Kleider entfernen wollte, warf sich Katschewitsch auf ihn, und zwischen den Beiden entstand nun ein wildes Ringen. Auf die Hilferufe des Portiers eilte das andere Hotelpersonal herbei, man überbrachte Katschewitsch und übergab ihn der Polizei. Dann beschlagnahmte man sich mit dem Mädchen. Nachdem man die Kleider vom Körper genommen hatte, bot sich ein grauenhafter Anblick dar. Die Unbekannte war ermordet worden. Katschewitsch hatte sie zuerst gewürgt und ihr dann noch 35 Dolchstiche am ganzen Körper beigebracht. An der Wand neben dem Sofa war ein Zettel befestigt mit der Aufschrift: „Nummer 2. Rache an der Schönen! Das Geld habe ich ihr abgenommen als Belohnung für die Beförderung des Fenetis und auch, weil die Woten kein Geld brauchen. Der Mörder dieses und nach eines zweiten hübschen Mädchens bin ich: Babim, der Vampyr.“ Auf die Frage des Gerichtspräsidenten, warum er die Mädchen ermordet habe, antwortete Katschewitsch: „Sie gestelen mir so sehr. Ich möchte sie töten!“ In sein Tagebuch hatte er geschrieben: „Bei Begehung der Mordtat war ich ganz lebenslustlos. Ich liebe nur das Blut. Blut muß fließen, viel Blut.“ Der Angeklagte hat eine bemerke Vergangenheit hinter sich. Bereits als Fünfzehnjähriger bereiste er Deutschland, England und Ägypten. Vor einem Jahre lebte er nach Petersburg zurück. Er ermittelte, was, machte er einen Selbstmordversuch. Er wollte sich erhängen, wurde aber noch rechtzeitig abgesehen. Schon als Dreizehnjähriger hatte er den Versuch unternommen, ein junges Mädchen zu erlösen, und in der Verhandlung erklärte er, daß ihm das Mädchen, hübscher Mädchen das höchste Entgelt bereite. Mit Rücksicht auf seine Jugend verurteilte ihn das Gericht zu acht Jahren Zwangsarbeit.

Erbschwerer Dieb. Ein Polizeinspektor begegnete einem Manne, in welchem er einen längst gesuchten Dieb vermutete.

schwarzen Streikbrecherorganisationen. Die Christlichen hatten in einem Flugblatt die jetzige Kölner Gewerbelegewahl als einen Marxstein für die christliche Bewegung bezeichnet. Nun haben sie die Antwort. Bei der Arbeitgeberwahl wurden von den 25 Beisitzern 4 von der sozialdemokratischen Liste erobert.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. April.

Geschichtskalender.

16. April.

- 1767 Der Satiriker Karl Julius Weber in Langenburg †.
- 1896 Der Bildhauer Viktor Tilgner in Wien †.
- 1908 Der Maler Fritz Werner in Berlin †.

Gewerkschaftskartell Breslau.

Zu der Sitzung am 12. April hielt Genosse Neutrich einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Kinderbeschäftigung und Gewerkschaften. Dem Redner war es besonders darum zu tun, die Vertreter der Gewerkschaften auf die schweren Gefahren der Kinderarbeit hinzuweisen und sie aufzufordern, den Kampf gegen die Kinderausbeutung mitzuführen. Jeder soll nicht nur in seinem Beruf, nein auch sonst darauf achten, daß nicht die armen wehrlosen Kinder körperlich gequält und sittlich unter Erwerbsarbeit leiden, die man leicht in einzelnen Fällen entschuldigen, aber niemals rechtfertigen kann. Wo Witwen und arme Familien gezwungen sind, ihre Kinder arbeiten zu lassen, da sollen die Gemeinden mit ausreichenden Unterhaltungen zur Hand sein. Ueberhaupt komme es nicht darauf an, nur Anzeigen wegen verbotener Kinderarbeit zu erhalten; es gilt vielmehr, jeden einzelnen Fall genau zu untersuchen, und nur dort, wo die Notwendigkeit nicht anders zu überwinden ist, soll die gesetzliche Strafe eintreten. Da die Vorarbeiten des Kinderbeschäftigungsgesetzes in weiten Kreisen immer noch wenig bekannt sind, tut Aufklärung dringend not. Die Eltern müssen darüber unterrichtet werden, welche große Nachteile den Kindern durch die Erwerbsarbeit entstehen, und in den Gewerkschafts-Versammlungen ist keine Gelegenheit zur Warnung zu versäumen.

An der lebhaftesten Aussprache beteiligten sich die Genossen Weese, Peilert, Rassef und Kubik. Sie verwiesen auf die Armenunterstützung für Kinder, die monatlich mehr als 4 Mark betragen darf, und auf die Fürsorgeerziehung, die schon häufig eine traurige Folge der verwerflichen Kinderarbeit gewesen ist. Ferner wurde auf den häuslichen Handel der Kinder aufmerksam gemacht und hervorgehoben, wie manches Kind, das auf der Straße, in Säugern und Wirtschaften allerhand Waren feilbot, sei verführt worden und verdorben und habe sein Ende im Gefängnis gefunden. Grundständig müsse empfohlen werden, keinem Kinde etwas abzukaufen; wenn man etwas tun will, dann muß man den Verhältnissen auf den Grund gehen und kräftig helfend eingreifen, wo die Not es erfordert.

Genosse Wiener sprach dann über eine Zentralbibliothek in Breslau, deren Errichtung er als dringend nötig ansieht. Bereits in 41 Orten Deutschland befinden Zentralbibliotheken, die sich gut bewähren; sie können ja auch viel besser als kleine unzureichende Büchereien alle Wünsche der Gewerkschaftler und Genossen befriedigen. Die Kosten einer Zentralbibliothek in Breslau würden jährlich 7000 bis 8000 Mark betragen, die einmaligen Ausgaben der Einrichtung 2000 bis 2500 Mark.

Eine Aussprache darüber folgte nicht; eine der nächsten Sitzungen wird sich mit der Bibliotheksfrage beschäftigen. Der Vorsitzende, Genosse Seibold, bemerkte dabei, es sei auch notwendig, über die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs zu sprechen, da die kleinen Gewerkschaften dringend der Hilfe bedürften. Er könne für sie leider nichts vorschlagen. Ein Gewerkschaftssekretär sei in Breslau für ungenutzbar.

Die Sammellisten für die Fortbewegung des Institutes im Laufe dieser Woche abzuschließen. Die Verantwortlichen berichteten über den Vorkost gegen das Namslauer Bier; das Kartell stimme diesem Vorkost zu und billigte ihn. Ferner erwähnte der Vorsitzende die Konferenz der Sitzungsaußenkommissionen.

Er versuchte ihn zu verhaften, wurde aber von dem Unbekannten überfallen und zu Boden geworfen. Der Inspektor folgte trotzdem dem Manne in seine Wohnung. Hier nahm der Mann wiederum eine drohende Haltung ein, worauf der Polizeinspektor ihn erschoss.

Automobilunfall. Ein mit sieben Personen besetztes Automobil aus der Münchener Automobilgarage Wendel, das der Chauffeur Schmidt des Grafen Arco Zinneberg aus München lenkte, rannte bei dem Versuche, einem vor dem Automobil unseher auf einem Rade hin- und herzuwandelnden Radfahrer auszuweichen, am Rande des Jägerrieder Parkes mit aller Wucht gegen einen starken Baum. Das Automobil überschlug sich und der Chauffeur erlitt durch einen komplizierten Rippenbruch tödliche Verletzungen an der Lunge, die an mehreren Stellen durchbohrt wurde. Nach wenigen Minuten, noch ehe ärztliche Hilfe zur Stelle sein konnte, erlag der junge und tüchtige Chauffeur diesen Verletzungen. Im Automobil selbst befanden sich sechs Personen, von denen fünf sehr schwere Verletzungen erlitten und einer leichter verwundet wurde. Von den Schwerverletzten befinden sich drei in Lebensgefahr.

Betriebsstörungen auf der Berliner Hochbahn. Am Sonnabend, abends nach 9 Uhr, hielten a der Hoch- und Untergrundbahn Berlin plötzlich mitten auf der ganzen Strecke sämtliche Züge und gleichzeitig erlosch überall die Beleuchtung. Ein im Kraftwerke der Gesellschaft eingetretener Defekt hatte zu einer vollständigen Unterbrechung der Stromzufuhr geführt. Das Publikum blieb im allgemeinen ruhig. Kurz nach 10^{1/2} Uhr konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden.

Automobilunfall. Sonntag nachmittag gegen 6 Uhr fuhr auf der Chauffeur Lachen-Jülich bei einem Bahnübergange ein Automobil dem Zuge 778 in die Klauke. Die Insassen wurden zum Teile recht erheblich verletzt. Das Automobil wurde vollständig zertrümmert. Der Chauffeur hatte in dem herrschenden Sturme das Signal der Lokomotive vollständig überhört. Das Zugpersonal trifft keine Schuld.

Ein vielseitiger Selbstmörder. In Berlin hat der Gerichtsfeldscher Anton Trojanaki, ein 46-jähriger Junggeselle, sich die Adern an Händen, Hüften und am Hals durchschnitten, das Zimmer mit Petroleum getränkt und angezündet. Als es ihm mit dem Sterben noch nicht rasch genug ging, stürzte er sich aus dem zweiten Stockwerke des Hauses zum Fenster hinaus, wobei er das Genick brach.

flens, die vor einigen Wochen gefagt und einen Bezirks-Bildungsausschuß für Schloßen eingesetzt hat, in dem auch das Kartell vertreten ist.

Genosse Winger bittet, die Funktionär-Sitzung des Konsumvereins Vorwärts am 19. April im Gewerkschaftshaus zahlreich zu besuchen, und der Vertreter der Partei ertrücht die Gewerkschafts-Delegierten, in ihren Kreisen für die Unterstützung der Geschäfte zu wirken, wo organisierte Geschäfte arbeiten.

Zu der Sitzung fehlten unentschuldig die Vertreter: Böttcher, Seidel, Buchdrucker Haniel, Fabrikarbeiter Pionkowski, Fleischer Kahlisch, Gemeindefeldscher Reichelt, Glaser Nabe, Holzarbeiter Walter, Kirchliche Ziffer, Maler Grabowitsch und Reichel, Metallarbeiter Rudolf, Porzellanarbeiter Kentschel, Schuhmacher Krasel, Zerstörer Matich, Kammer Ratker und Deutscher, Tabakfabrikant Mandata, Zimmerer Warmia, Schiffszimmerer Flich und Sacher.

Der erste Schultag.

Zum ersten Male sitzen die kleinen Kerlchen vor den Lehrern auf den schönen, modernen Schulbänken, die für sie den Weg zur Bildung bedeuten; doch wie ein spanischer Grandeschauen sie drein. Die armen Kerle, wenn sie wüßten, wie mit jedem Tage ein Stück der holden Schulfreude schwindet; es wird nicht lange dauern und das Schöne an der ganzen Schulanstalt die Pausen und die Ferien! Mit einer geradezu feierlichen Umständlichkeit tramen sie in ihrem Schulanzug, der noch eine musterhafte Ordnung zeigt. Mit großen, traumenden Augen betrachten sie den eintönigen Raum, mühsamlich sitzen sie da, und die kleinen Herzen klopfen und erwarten die Dinge, die da kommen sollen.

Hier gibt eine Mutter ihrem Widmung noch andauernd gute Lehren und merkt anscheinend garnicht, daß er sich längst mit seinem Nachbar beschäftigt, der seine Meinung nach einem viel schöneren Federkasten besitzt als er. Ein vornehm aussehendes Mütterchen freilich ihrem Liebling andauernd die blasse Stirn; sie kann nicht reden; ihre Augen schimmern feucht, alles, was sie sagen möchten, was ihr Herz bewegt, das liegt in dem weichen, liebenden Trunk der harten Arbeitshand, die immerfort über ihm und über ihres oftwehleidigen kranken Zahnes fährt. Eine andere Mutter sucht noch einen Platz für ihren Platz. Sie möchte jedenfalls gar zu gern, daß er gleich am ersten Tage möglichst „oben“ läge. Dieser kleine, blasse Junge mit dem freizügig gealterten Gesicht und den Furchen in der Stirn ist allein gekommen. Als etwas Selbstverständliches, Unabwendbares erscheint ihm die Schule. Ohne sich im geringsten um jemand zu kümmern, hat er sich einen Platz gesucht, der erste Reihe schien ihm recht; nun sieht er unausgesetzt mit erschrockenem Ansehen, in denen aber schon der Trost wohnt, auf den Lehrer, höchst mißtraulich verfolgt er jede seiner Bewegungen. Offenbar: die häuslichen Verhältnisse; dieses Armen Kind nicht die glücklicher. Die Eltern sind froh, daß sie den unbehaglichen Gast wenigstens für einige Stunden des Tages in sichere Gue wickeln, haben aber sicher nicht verfehlt, ihm die Schule bei jeder Möglichkeit und nicht möglichen Gelegenheiten als ein Schreckgespenst darzustellen. Wenn es dem Lehrer glückt, den Weg zum Herzen dieses Kindes zu finden, dann wird er ihm ein höchst dankbarer Schüler werden; sonst wird andauernd Feindschaft zwischen ihnen bleiben. Dem heims betrachten der kleine Dreißigjährige den Lehrer ganz entschieden noch als seinen geschworenen Feind.

Da aber ein solches der Zahl der acht harte Schläge; das ist das Zeichen für die Mutter, mit Abschied zu nehmen. Mancher kleine Kerlchen, der vorher noch hart und mutwillig ausah, es hat sich in der Schule auffallend; nun, da die Mutter verabschiedet hat, am einen Male oder Mut gesunken. Ja, dort in der ersten Reihe macht ein Dreißigjähriger sogar ganz kräftig den Mund, der Mutter auf dem Heimwege wieder zu begleiten. Immerhin, es mag nicht, die Schulfreude hat mit ihren erbarnehmlichen Schlägen ein Wort in die Schär gerufen, das fortan für sie von der allergrößten Tragweite sein wird, es heißt: „Schule!“

Opfer seines Berufs. In das Bureau des Warschauer Rechtsanwaltes Slijeski drang der Kaufmann Wielopuch ein und machte dem Rechtsanwalte schwere Vorwürfe wegen eines verloren gegangenen Prozesses. Im Verlauf des Wortwechsels gab der Kaufmann auf den Rechtsanwalt aus seinem Revolver mehrere Schüsse ab, die den Rechtsanwalt tot auf den Fußboden seiner Wohnung hinstrückten.

Große Des fraudationen in einer Bank. Große Sensation rief in diesen Tagen die Flucht des Kassierers der Kredit-Anstalt in Zabrowa bei Tarnow, Wittnes, hervor, der, wie es sich jetzt herausstellte, ungeheure Summen mitnahm. Er, der nach Amerika zu fliehen, hat es verstanden, die ihn verfolgende Polizei irre zu führen. Er ließ seit der Flucht täglich von Bekannten von ihm geschriebene Briefe aus Krakau nach Zabrowa senden und beschränkten sich daher die Nachforschungen auf diesen Ort und seine Umgebung. Unterdessen konnte Wittnes Zeit gewinnen und unbekannt nach Amerika reisen. Die Nachricht von den bedeutenden Des fraudationen rief in der ganzen Gegend, zumal bei kleineren Handwerkern, die ihr ganzes Hab und Gut in der Bank untergebracht haben, große Bestürzung hervor.

Gestorben. Der erst vor kurzem neu ernannte russische Gesandte in München, Baron v. Korff, ist nach seiner Ankunft am Bahnhof tödlich vom Schläge gerührt worden. Die Witwe des verstorbenen Gesandten befindet sich noch in Rom; wo v. Korff früher akkreditiert war. Die Witwe des verstorbenen Staatsmannes wird nach Petersburg übergeführt werden.

Schwärmer an der schlesisch-russischen Grenze. Nach einem Telegramm von der russisch-schlesischen Grenze ist in Czerniakow der Dampf gebrochen. Die Ortsschaften Sietki, Augustowa und Jawedz stehen vollständig unter Wasser. Die Weichsel ist auf 15 Fuß gestiegen, auch der Djepr steigt andauernd. In Nikolskaja stehen mehrere 100 Häuser unter Wasser. Der durch die Ueberflutungen angerichtete Schaden ist groß.

Misshandlung Erkrankung einer ganzen Familie. In Postau im Böhmerwald ist die aus acht Personen bestehende Familie des Gutbesizers Wostuba nach dem Genuss von Milchsuppe und Kuchen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Ein Kind ist bereits gestorben, während an dem Aufkommen der übrigen Erkrankten gezweifelt wird.

Ja, diese böse Schularbeit, wird es bald heißen. Wie oftmals wird sie noch die Schülgen zum Lauscher anspornen und die Langschläfer aus süßen Träumen aufschrecken, wie oft wird der Lehrer dem Zuspätkommenden einen strafenden Blick zuwerfen und mahnend auf das Zifferblatt der Uhr zeigen! Am ersten Tage spricht der Lehrer mit ihnen in einem freundlichen, einschmelzenden Tone — wir hoffen, daß er nie einen anderen anschlagen wird — zeigt ihnen Bilder, erzählt kleine Geschichten und macht „merkwürdigerweise“ gar keine Anstalten zum Rechnen, Schreiben, Lesen!

Wenn man das Bild der Klasse am ersten Tage festhalten könnte! Zwei Gruppen würden sich deutlich abzeichnen. Die eine Hälfte strahlt über all das Neue, das sie zu sehen und zu hören bekommen. Die andere Gruppe aber macht recht unglückliche Gesichter. Wochenlang haben ihnen doch Mutter und der große Bruder die Schule und den Lehrer ganz anders geschildert, ganz, ganz anders! Sie wollten doch gleich am ersten Tage schreiben, rechnen und lesen, und vor allem auch gleich das wichtigste Lehrmittel sehen, den „Weissen“! Seit Wochen hörten sie zu Hause weiter nichts, als: Na, warte nur, wenn Du erst zur Schule kommst! Na, warte, das sage ich deinem Lehrer, der ... Doch der Mohrtod bleibt unsichtbar und wie eine Enttäuschung überkommt es die kleinen Knirpse.

Und auch mit dem Lesen, Schreiben und Rechnen wird nicht gleich begonnen. Viele Eltern wünschen nun allerdings nichts sehnlicher, als daß die Kinder so schnell wie möglich schreiben und lesen lernen. Doch das geht nicht ohne Tränen und Wehklagen ab: ganz gleich, uns ist's ja früher auch nicht besser ergangen und das Leben ist so ernst, das Räumen biegt sich usw. Es sind die ehrgeizigen und übertriebenen Eltern, die ihr Kind durch Hast und Ueberreizung zu Treibhauspflanzen heranziehen. Doch wehe, die Treibhauskultur rächt sich, die Pflanze hat nachher nicht Saft und Kraft.

Erst seit einem Jahrzehnt ist man angefangen, das Verhältnis zwischen den Forderungen der Schule und dem Körperlichen und geistigen Vermögen des Schülers unter die Lupe zu nehmen, und da hat man arge Sünden aufgedeckt. Man hat gefunden, daß im ersten Schuljahre die Kinder sich sehr leicht reizbar zeigen und Gedächtniszunahme und Wachstum im Verhältnis zu den übrigen Jahren zurücktreten; kurz, daß der geschulische Elementarunterricht viel Unheil angerichtet hat. Darum: Reform des Elementarunterrichts ist eine wichtige Forderung der modernen Pädagogik.

Aber da gibt es, geheiligte Ueberlieferungen zu brechen! Die kleinen Kerle da oben nicht, daß um ihre Rechten und Pflichten ein Kampf auf der ganzen Linie zwischen dem Alten und dem Neuen entbrannt ist. Mit großen fragenden Augen schauen uns die kleinen Treibhauseisen an, und aus Schauen, Klaudern, Lachen und Singen wird ihnen in der modernen Schule nicht nur der erste Tag, sondern das ganze Jahr!

Auch eine Verurteilung.

Ein unheilbares Urteil fällt am Sonnabend das hiesige Schöffengericht gegen Genossen Schumann vom Zivilmilitär-Verbande. Das Urteil gegen ihn lautete auf einen Tag Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung. Die Anklage stützt sich auf folgenden Sachverhalt:

Die Breslauer Eisenbahnverwaltung entließ im Februar 1912 plötzlich 25 Arbeiter wegen angeblicher Beziehungen zum Transportarbeiterverbande. Der Vorstand, die Leute angezeigt zu haben, richtete sich gegen den Ladjer Hugo Kunder, der im Nebenberufe in hiesigen Langlokalen als Musiker tätig ist. Unter den organisierten Arbeitern Breslaus, besonders unter den Transportarbeitern, wurde der Name des Ladjers schnell bekannt und die Erbitterung, die sich allgemein gegen ihn richtete, war durchaus begründet. Andererseits spielte auch an mehreren Abenden der Woche im Brüderischen Langlokal in Pöpelwitz, wo viel organisierte Arbeiter verkehrten, sein Name eine Rolle. Es ist die Sache des Lokals auf ihn aufmerksam wurden. Genosse Kunder vom Transportarbeiter-Verbande wurde wiederholt erzuht, mit dem Leiter des Lokals wegen der Entlassung des unbeliebten Musikers zu verhandeln. Er schaltete das anfangs ab, beauftragte aber doch später auf Drängen der Pöpelwitzer Kollegen den Genossen Schumann mit der Erledigung dieser Angelegenheit. Schumann begab sich darauf in das Brüderische Lokal, wo er nur Frau Bräuer antraf. Er erzählte ihr von der Entlassung der 25 Bahnarbeiter, die der Meinung sind, Andererseits habe sie aus dem Freizeitspiel führen, durch die der ganze Geschäftsbetrieb ernstere Störungen erleiden könnte. Die Verhandlung könne nicht dafür einsehen, wenn Andererseits eines solchen Tages vom Musikpodium heruntergeholt werde oder unter Umständen der Lokalsleiter verhängt werde. Ausdrücklich betonte Genosse Schumann der Frau Bräuer gegenüber: Wenn Sie unter diesen Umständen dem Manne gewillig die Stellung kündigen, so geschieht das im Interesse Ihres eigenen Geschäfts. Wir wollen keinen ungeschicklichen Streit auf Andererseits auslösen, sondern nur in friedlicher Art einer Störung Ihres Geschäftsbetriebes vorbeugen.“ Frau Bräuer besprach die Sache mit ihrem Manne und dem Leiter der Kapelle, die auch zu der Ueberzeugung kamen, es ist wegen der Ruhe und Ordnung in dem Lokal geboten, den Ladjer zu entlassen. Der Grund der Kündigung wurde ihm auch mitgeteilt. Bald darauf teilte Andererseits den Entlassungsgrund der Staatsanwaltschaft mit, die gegen Genossen Schumann wegen Gewerbevergehens Anklage erhob. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht ergab den Sachverhalt so wie geschildert. Deshalb fand auch der Kantonsrat in dem Verhalten Schumanns nichts Strafbares und er beantragte die Freisprechung auf Kosten der Staatskasse. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Ehrenburg, schloß sich diesem Antrag an. Nach längerer Verhandlung verurteilte der Vorsitzende, Gerichtspräsident Dr. Schumann anzuhalten. Der Angeklagte ist im Sinne der Anklage schuldig; er wird deshalb unter Androhung der Kosten des Verfahrens zu einem Tage Gefängnis (der gesetzlichen Mindeststrafe) verurteilt. Der Gerichtshof ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Fall kein noch nicht so einfach liegt, wie dies der Herr Vertreter der Anklage annehmen hat. Fast man einmal den Effekt der Kündigung Schumanns ins Auge, so hat er bewirkt, daß Andererseits aus der Stimmung los, indem er der Lokalsleiter in einer nicht mißverständlichen Weise ein Uebel, nämlich die Kündigung des Musikers, in Aussicht gestellt hat. Damit hat aber der Angeklagte indirekt die Interessen des Transportarbeiterverbandes verletzt und die Schlichtung nicht daher aus § 153 der Reichsgewerbeordnung bestrafen werden.“

Wir hatten diese Auslegung des § 153 R.-G.-O. als völlig richtig, und es wird sich ja zeigen, ob die Staatsanwaltschaft als Verurteilung dieser Verurteilung beipflichten wird.

Städtische Trinkerfürsorge.

Wir werden erzuht, folgende Zeilen aufzunehmen: Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß im städtischen Gebäude, Ritterplatz 1, Ecke Schuhbrücke, Mittelhaus 1, Erdgeschloß rechts, eine ärztliche Beratungsstelle für Alkoholtrinker und deren Angehörige bereits seit über Jahresfrist eingerichtet worden ist.

Sowohl die Zahl der Besucher dieser Beratungsstelle ständig zugenommen hat, dürfte doch ein großer Teil des interessierten Publikums vorhanden sein, der von dem Besuchen dieser ärztlichen Beratungsstelle bisher noch keine Kenntnis erlangt hat oder ihr noch fern geblieben ist.

In dieser werden werktäglich von 2 1/2 bis 3 Uhr nachmittags Sprechstunden von Herrn Primararzt Sanitätsrat Dr. Schaub oder von einem seiner Assistenzärzte unentgeltlich abgehalten. Alkoholtrinker und deren Angehörige erhalten hier Rat und Auskunft in allen Trinkerfürsorge-Angelegenheiten.

In demselben Gebäude, Eingang Ritterplatz 1, 2. Hof, 1. Stock, ist im Zimmer 11 (bisher Schuhbrücke 96, Zimmer 37) die städtische Trinkerfürsorge für Alkoholtrinker untergebracht, wo ebenfalls werktäglich in der Zeit von 8 bis 3 Uhr Rat und Auskunft an Trinker und deren Angehörige erteilt wird.

Durch das Zusammenarbeiten dieser beiden Fürsorgestellen ist nicht selten erreicht worden, daß Trinker, die jahrelang an der Laster des Alkohols gekettet waren, durch entsprechende Maßnahmen, wie Aufklärung, ärztliche Ratschläge, Ueberweisung an Mühseligkeitsvereine oder durch Aufnahme in Trinker-Heilanstalten wieder ordentliche, arbeitsfähige und brauchbare Mitglieder der menschlichen Gesellschaft geworden sind.

Erreicht ist die Tatsache, daß in letzter Zeit etwa 45 Prozent Alkoholtrinker selbst die Hilfe der ärztlichen Beratungsstelle in Anspruch genommen haben. Wenn aus persönlicher Scheu sich Trinker diesen Fürsorgestellen fern halten, so möge deren Angehörigen der Besuch um mehr empfohlen sein.

Die Erfahrung hat zwar gelehrt, daß in vielen Fällen Familienangehörige infolge persönlicher Beeinträchtigung oder auch aus Furcht vor dem Trinker die ihnen gebotene Hilfe der ärztlichen Beratungsstelle oder der städtischen Fürsorgestelle gar nicht oder oft sehr spät in Anspruch genommen haben. Nach Ueberwindung etwaiger Vorurteile war jedoch in vielen Fällen der Erfolg groß und ein Segen für die ganze Familie. Nicht unerwähnt mag bleiben, daß auch in dem vergangenen Rechnungsjahre eine große Anzahl von Trinkern und Trinkerinnen durch Vermittelung der oben genannten Trinkerfürsorgestellen als geisteskränkelnde Familienangehörige zurückgeholt werden konnten.

Darum scheue sich niemand, die Fürsorgestellen aufzusuchen, denn keiner, der dort vorgeschrieben hat, ist ohne Trost und Rücksicht auf sachgemäße Hilfe entlassen worden.

Zu dem Urteil wegen Ministerbeleidigung.

das am Donnerstag gegen Genossen Donsky erlitten, nimmt die Presse fortwährend Stellung. Den bürgerlichen Blättern, die wir am Sonnabend zitierten, schließt sich aus dem eigenen Lager die „Leipziger Volksztg.“ an, die sich allerdings dem Urteil gegenüber manches Wort erlauben kann, das wir in Breslau besser nicht wiederholen. Es heißt dort:

Die Deduktion des Urteils hinlt auf beiden Seiten und ist nur erklärlich aus den etwaig schon skizzierten Gründen. (Hier nicht mit abgedruckt. Red. d. „V.“) Wenn in diesem Falle gegen jemand eine Anklage berechtigt war, so nicht gegen den sozialdemokratischen Kritiker, sondern gegen den Minister, der nicht nur Tausende und Zehntausende von Beamten mit seinen Worten beschimpfte, sondern außerdem ihr Recht der freien Wahl einfach aufhob. Wir wollen hier darauf verzichten, ein Verzeichnis zu formulieren, das jeder anständige Politiker für untauglich hält, ein Verfahren, das darin besteht, den politischen Gegner — in diesem Falle die sozialdemokratische Partei — zuerst aufs heftigste anzugreifen, dann aber, wenn der Gegner antwortet, ihm die Gerichte auf den Hals zu legen. Dieses Verfahren richtet sich von selbst. Was für uns und für die gesamte Presse von größerer Bedeutung ist, das ist der Eingriff des Ministers in das freie Wahlrecht der Beamten und die von dem Breslauer Gericht hierzu ausdrücklich erteilte Sanktion. Das Reichsstaatswahlrecht — und um dieses handelt es sich bei den Debatten im preussischen Dreiklassenparlament — ist schon durch seinen geheimen Charakter gegen denartige Umlenkungsversuche geschützt und sollte zum mindesten nach dem Willen des Gesetzgebers dagegen geschützt werden. Zudem drohen die §§ 107 bis 109 des Reichsstaatswahlgesetzes ausdrücklich schwere Gefängnisstrafen allen denen an, die es unternehmen, durch Gewalt, Bedrohung mit ungesetzlichen Handlungen, Wahlbestechungen oder Entmannung des Willen der Wähler zu verzerren und das Wahlergebnis zu fälschen. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die Ausübung der wirtschaftlichen Uebermacht gegenüber den Staatsbeamten und ihre öffentliche Beschimpfung ein ganz grober Eingriff in die Wahlfreiheit ist, der nach gesetzlichen und richterlichem Schutze geradezu schreit. Statt dessen erhebt ein Gericht Anklage gegen den Redakteur, der diesen Eingriff kritisiert, und verurteilt ihn obendrein zu einer ganz horrenden Gefängnisstrafe.

Die „Frankfurter Zeitung“ schließt ihre gegen das Urteil sich wendenden Ausführungen mit den Worten: „Das Breslauer Gericht ist freilich anscheinend der Meinung gewesen, noch milde geurteilt zu haben. Das beweist aber eben, wie wenig sich oft noch die Richter über die Wirkung von Freiheitsstrafen klar sind. Würden sie selber die Freiheitsentziehung als Teil ihrer Ausbildung praktisch erproben müssen, so würden sicherlich die Strafen vielfach anders ausfallen.“

Schmiedeverband. Mittwoch, den 17. April 1912, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Abrechnung über das I. Quartal. 2. Stellungnahme zur Meisterei. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Maler, Ladjer und Aufreißer. Die fällige Quartalsversammlung wird am 18. April, abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses abgehalten. Besondere Einladungen ergehen diesmal an die Mitglieder nicht. Gleichzeitig machen darauf aufmerksam, daß Montag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, in den Unionisten eine öffentliche Versammlung zur Einleitung unserer Lohnbewegung einberufen ist. Kollege Markt aus Danzig hat für diese Versammlung das Referat übernommen. Ergötzt für einen guten Besuch.

Der 36. Verhandlungsschleifischer Tierchutzverein wird am 15. und 16. Juni in Stettin abgehalten. Dem Verband gehören 33 Schleifische Tierchutzvereine an mit 7503 Mitgliedern.

Wichtige Zimmerer! Dienstag, den 16. April, abends 8 Uhr: wichtige Mitgliederversammlung. Kamerad E. Stiege aus Berlin spricht über: Krieg oder Frieden im Baugewerbe 1912. Diesmal müssen alle Mitglieder amwesend sein.

Einnahmen der Straßenbahnen im März. Die Einnahmen der städtischen Straßenbahn und der ehemaligen Breslauer Straßenbahn betragen 322.845 Mk., gegen März 1911 mehr 24.747 Mk. Die elektrische Straßenbahn Breslau hatte eine Einnahme von 35.388 Mk.; sie war gegen das Vorjahr höher um 4354 Mark.

Der sozialdemokratische Verein Breslau.

hält Donnerstag, den 18. April, im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab, die neue Statuten beraten soll. Es handelt sich hauptsächlich darum, das Vertretersystem für die beschließenden Verhandlungen des Vereins einzuführen. Zutritt haben nur Mitglieder; als Ausweis dient die Mitgliedsbuch.

Die Breslauer Staats-Unterbeamten wollen in der Wohnklasse A verkehrt werden. Am Sonnabend tagte in der „Börse“ eine zahlreich besuchte Versammlung der Staats-Unterbeamten, wo der Ober-Postkammer Kapelle über die Wahl der Unterbeamtenentscheidung sprach. Zunächst erhob er gegen die Schulbildung, daß die Unterbeamten bei der Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt hätten, energischen Protest. Er meinte, die Kollegen seien schon so geküht, daß sie wüßten, was sie zu tun haben und ihre Unzufriedenheit nicht durch Wahlzettel zu erkennen geben.

Er verließ sich sogar zu der Behauptung, daß kein einziger Unterbeamter in Breslau rot gewählt habe. Die Parteien, sagte er, seien sich selbst mit ihren Kandidaten an dem Ausgang der Wahl schuld. Daß es der Minister Döllner war, der die Beamten wegen der roten Stimmung Vorwürfe machte, scheint Herr Kapelle nicht zu wissen oder nicht wissen zu wollen. Selbstverständlich stimmte die Versammlung ihrem Führer zu.

Dann kam der Redner zu dem eigentlichen Thema. An der Hand statistischer Materialen wies er den Wohnungs-Mangel der Unterbeamten nach. Eine betrübende Tatsache sei es, daß gerade die niedrigst besoldeten Beamten in einer sehr drängenden Lage befänden. Die allgemeine Gehaltsaufbesserung habe den Unterbeamten keine ausreichende Hilfe gebracht, denn die bis zur Beförderungsdauer den unteren Beamten gewährte Stellen- und Leihungsverhältnisse sind in Fortfall gekommen. Die Kollegen seien daher nicht in der Lage, sich eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu mieten. Das Bedürfnis nach geräumigen Wohnungen mache sich recht fühlbar. Den Unterbeamten werden nur 2 1/2 Zimmer mit der Küche eingeräumt, die Beamtinnen 3 Zimmer und der mittlere Beamten 4 1/2 Zimmer. Diese Spannung sei zu groß, denn erfahrungsgemäß finde gerade bei den niedrig besoldeten Beamten die größte Kinderzahl vor. Viele Kollegen seien gezwungen, Mietermeister zu halten oder die Frau müsse einen Nebenverdienst haben, sonst kommt sie nicht aus. Die Einbeziehung der Stadt Breslau in die Wohnklasse A sei daher eine unbedingte Notwendigkeit. Bei Leibe nicht wollten die Unterbeamten dem Staat und der Regierung Unannehmlichkeiten bereiten; sie seien sich bewußt, was sie dem Staat schulden, hoffen aber, daß ihre Wünsche erfüllt werden.

Mit dem Oberbürgermeister Dr. Bender ist Herr Kapelle sehr zufrieden. Auf eine Eingabe der unteren Beamten, die Marktstandplätze und die Schlachthofgebühren zu ermäßigen wäre nicht einmal eine Antwort erfolgt. Auch die Stadtvorordneten, selbst die Sozialdemokraten, hätten den Beamten kein Entgegenkommen bewiesen. Bei der nächsten Stadtvorordnetenwahl werden die Unterbeamten auf dem Platze erscheinen und aus ihren Reihen Kandidaten aufstellen. Die Unterbeamten müssen im Stadtparlament eine Vertretung haben. Eine Deputation von Unterbeamten sei vom Oberpräsidenten und vom Regie. unangenehm empfangen worden. Die Parteien waren sehr freundlich und liebenswürdig. Sie erklärten, sie seien erst kurze Zeit im Amte und über die Verhältnisse zu wenig unterrichtet. Die Wünsche werden aber wohlmeinend geprüft und alles getan werden, was sich tun ließe.

Wenn ferner Kapelle anführt, es gebe unter den Breslauer Unterbeamten keine Sozialdemokraten, so kennt er seine Kollegen sehr schlecht; die wissen nicht nur, wo sie der Schuh drückt, sie haben es auch in den ganzen Jahren erfahren, daß ihre Forderungen von den Sozialdemokraten am besten vertreten werden.

Der Sa faband veranstaltet Mittwoch, den 17. April im „Deutschen Kaver“ auf der Friedrich-Wilhelmstraße eine öffentliche Versammlung mit einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten und Klempnermeisters Partsch aus Köpenick über die Frage: „Wie können die Schäden des Zensurenwesens beseitigt werden?“ An den Vortrag schließt sich eine Aussprache.

Vom Stadtschuh. In der jüngsten Sitzung erhielt die unengeschränkte Schankkonzession die Restaurateure Bauhof Dirschstraße 42, Gröger, Wiesenstraße 40, Schwarzer, Odenstraße 20 und Jlgmann, Wöhnerstraße 76a. Das Polzeipräsidium hatte in diesem Falle darauf hingewiesen, daß gegen den Gesuchsteller das Konfessionsidentifikationsverfahren geschwebt und der Bezirksausschuß die Klage der Polizei zurückgewiesen habe. Es gebe aber nicht an, dem Manne die Genehmigung des Gewerbes zu gestatten. Ferngeordnet wurde angeführt, daß das Konfessionsverfahren eingeleitet worden sei, wegen zweimaligen unerlaubten Ausschanks von Spirituosen. Der Stadtschuh nahm keinen Anstand, die Erlaubnis zu erteilen. Ferner erhielten die volle Konfession die Wirtse Spelitz, Korn, Verdammstraße 68, Betrauschke, Köpenickerstraße 1, Frau Kuhnert, Gabisstraße 62, Wörner, Gabisstraße 10, ein Weinaufmann beabsichtigt, seine Weinstuben von der Chlauerstraße nach der Zwingerstraße zu verlegen, wenn die Nachtverträge abläuft. Die Konfession für das neue Lokal wurde erteilt. Frau Peihendorf erhielt die Erlaubnis zum Bierauschank Hildebrandstraße 20. Frau Seidel, die die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb der Stellenvermittlung für Bade-, Massagen- und Pflegerpersonal begehrt, wurde abgewiesen. Eine Anzahl Gesuche wurde zurückgezogen, da sie keine Aussicht auf Berücksichtigung hatten.

Der Zirkus Charles erfreute sich auch am gestrigen Sonntag wieder eines außerordentlich starken Besuchs. Von der hohen Galerie bis hinab zu den Logen lag das Publikum, kaum an Kopf gedrängt, und verfolgte mit Spannung die Darbietungen des Programms. Das Unternehmen ist nur noch bis Freitag in Breslau. An diesem Tage findet unwiderruflich die letzte Vorstellung statt.

Fahrraddiebstahl. In den letzten Tagen wurden wieder nachstehend verzeichnete Fahrräder gestohlen: Von dem Postamt an der Weiden Ohle am 1. d. Mts. ein Fahrrad, Bussard Nr. 204.721 mit schwarzen Felgen mit grünem Streifen und verstellbarer Lenkstange, am 2. d. Mts. vom Neumarkt („Schwarze Kräfte“) ein Fahrrad Solid mit schwarzen Felgen und Korkreifen, von demselben Grundstück am 4. d. Mts. ein Fahrrad Wratlawia Nr. 150.231, am 5. v. Mts. ein Fahrrad Reform Nr. 49.740, an demselben Tage ein Fahrrad Corona Nr. 135.673, aus dem Hause Luwenzienstraße 39 am 6. d. Mts. ein Damentrad Dürkop Nr. 101.567, am 7. d. Mts. aus d. M. Paul Berberstraße 88 ein Fahrrad Torpedo (Modell 40) mit braunem Rahmen, Holzfelgen und Dunlopreifen, endlich am 29. v. Mts. von einem Postkammermann an dem Hause Pubeustraße 20 stand, ein gelbes Postfahrrad Nr. 275.

Taschendiebstahl. In einem Warenhaus auf der Schmiedebühl wurde einer hiesigen Frau ein Portemonnaie mit Inhalt aus der Handtasche entwendet; besitzliche einer Dame die vor einem Schaufenster auf der Schmiedebühlstraße stand, aus ihrer Handtasche ein dunkelblaues Damenportemonnaie mit grauem Inhalt; an demselben Tage ebenfalls einer Dame vor einem Schaufenster eines Uhrengeschäfts auf der Schmiedebühl aus der Handtasche ein Lederportemonnaie mit Inhalt und endlich einer hiesigen Krankenschwester vor einem Schaufenster auf der Schmiedebühlstraße aus der Handtasche ein blaues Damenportemonnaie.

Verhaftung wurde ein Fahrrad Solid Nr. 132.700 mit weißen Felgen, ferner ein Fahrrad Corona Nr. 11.893 mit gelben Felgen mit schwarzen Streifen, Torpedofelgen und Knopfremse. Da angenommen werden muß, daß diese Fahrräder von Diebstählen herrühren, werden die Eigentümer ersucht, sich im Zimmer 51 des Polzeipräsidiums zu melden.

Wieviel kosten die gedruckten Schulbücher eines Breslauer Volksschülers? Der nachfolgenden Beantwortung dieser Frage wurde das von einer Buchhandlung an die Breslauer Schulen vertriebene Bücherverzeichnis zugrunde gelegt. Die den Bücherpreisen in Klammern beigefügten Zahlen betreffen die katholischen Schulen; die Kosten für beide Konfessionen sind nämlich wegen der verschiedenenartigen Lehrbücher für den Religionsunterricht nicht ganz gleich.

Um in die Geheimnisse des Schreibens und Lesens einzubringen, braucht ein Breslauer Volksschüler eine Bibel für 60 Pfennige. Den ersten Schritt nach aufwärts, nach Klasse 6, haben die Eltern mit 2,90 Mark (2,20 Mark) für Schulbücher zu verkaufen. (Bei den Evangelikern einschließlich des Religionsbuches.) Der Schritt nach Klasse 5 ist der billigste; er kostet nur 25 Pf. (20 Pf.). Am teuersten mit 3,40 Mark (4,40 Mark) inkl. Schulatlas, muß der Aufstieg nach Klasse 4 bezahlt werden. Die neuen Bücher für Klasse 3 kosten 3,40 Mark (0,90 Mark). Für Klasse 2 sind 3,55 Mark (3,25 Mark), und für Klasse 1 1,40 Mark (1,40 Mark) für neue Schulbücher nötig. Das macht für alle 8 Schuljahre 15,80 Mark (13,45 Mark).

Geizig ist das nicht viel, und doch, wie schwer wird es manchen Eltern, das Geld zusammenzubringen, zumal dann, wenn zwei oder mehr Kinder gleichzeitig die Schule besuchen. Man darf nicht vergessen, daß auch die Beschaffung der Schreib- und Zeichenmaterialien nicht unbedeutende Geldopfer erfordert. In gar mancher besser gestellten Familie lagern sicherlich Schulbücher, bestaubt und unbenutzt, die noch von armen Schülfern gebraucht werden könnten. Man sollte nicht zögern, sie dem Rektor der nächsten Schule zu übergeben. Die Stadt kommt der ärmeren Bevölkerung durch Gewährung von Freischulen entgegen. Wohl ein reichliches Drittel unserer Volksschüler sind Freischüler, d. h. sie erhalten alle Lernmittel von der Stadt. Volksschüler erhalten nur die gedruckten Schulbücher.

Achtung, Stenokateure! Dienstag, den 16. April, abends 7 Uhr im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses: Mitteilungsversammlung, die über das Ende der Tarifverhandlungen beschließen soll. Der Vorstand.

Eine Tarifratsversammlung am Sonntag nahm den Beschluß, über die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen. Der abgeänderte Tarif sieht unter anderem einen täglichen Mindestlohn für Werkstatzarbeiter von 5,35 Mark vor; bisher betrug derselbe 5,10 Mark, gebildet wurden 5,50 Mark. Der tägliche Mindestlohn auf Baustellen wurde wie gewohnt von 6,90 auf 7,50 Mark erhöht. Die übrigen Lohnsätze werden auch erhöht, zum Teil bis um zehn Prozent. Die Frage des Geschäftsbaues und der Montagearbeit im Ausland muß noch weiter beraten werden. Die tägliche Arbeitszeit ist auf 8 1/2 Stunden festgesetzt. Die Lohnbewegung dürfte friedlich verlaufen. Da der bisherige Tarif nur bis zum 15. April gilt, wurde beschlossen, die beiderseitigen Lohnkommissionen sollen die Verhandlungen fortsetzen.

Die neuen Räume des Schiedsgerichts für Arbeiter-Versicherung, Kaiser Wilhelmstraße 32, sind nun dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Mittwoch, den 10. April, tagte die erste Sitzung. Man muß sagen, es sind schöne Räume, freundlich, hell, luftig und geräumig. Der Wartesaal für die Unfallsverletzten und Invaliden ist ungefähr 28 Quadratmeter groß. Die Aussicht geht nach der belebten Kaiser Wilhelmstraße. Gegenüber den dunklen Räumen auf der Kronprinzenstraße, die fast ständig durch Gestank erleuchtet werden mußten, ist dies ein großer Fortschritt. Jetzt können doch wenigstens die armen Leute das ein wenig, stundenlange Warten durch einen Blick auf das bewegte Treiben der Straße unterbrochen. Den Herren Vertretern der Berufsgenossenschaften hat man eine weniger ästhetische Partogelände geboten. Sie müssen sich mit dem dunklen Vorraum im Erdree begnügen. Da dürfte bei der nächsten Revision nicht gar zu schwer ins Gewicht fallen. Der Verhandlungssaal ist auch bedeutend größer, doch ist die Akustik anscheinend sehr schlecht. Man muß sehr aufmerksam zuhören, will man alles genau verstehen. Für die förderliche Untersuchung der Unfallverletzten sind bessere Vorkehrungen noch nicht getroffen. Da die ganzen Einrichtungen nur als vorläufig gedacht sind und auf drei Jahre berechnet wurden, so soll nicht allzu streng gerechnet werden. Die Räume liegen im ersten Stockwerk. Neben dem Treppenhause führt zu ihnen auch ein Fahrstuhl. Die Unfallverletzten und Invaliden sollen ruhig den Fahrstuhl benutzen und nicht die dunkle Treppe. Sollte einmal der Fahrstuhl nicht unter sein, so genügt ein Druck auf die elektrische Klingel und der Fahrstuhlführer wird die Verletzten hinaufbefördern; daselbe muß geschehen, wenn man hinabfahren will. Hoffen wir, daß auch die Rechtsprechung in den neuen Räumen mehr als je dem sozialen Beste Rechnung trägt.

Der Breslauer Postmenschenverein richtete vor einiger Zeit an das hiesige Polizeipräsidium ein Gesuch, worin u. a. die Einführung eines radfahrender Schutzmannspatrouillen nach Wiener Muster gefordert wurde, ferner verlangte der Verein, das Polizeipräsidium möge veranlassen, daß alle Radfahrer an den verkehrsreichsten Straßenräumen abzustiegen hätten. Die Antwort des Polizeipräsidiums lautet abschlägig; sie stellt anheim, in geeigneten Fällen gegen „wilde Radfahrer“ und andere Uebertreter von Polizeiverordnungen mit Anzeigen vorzugehen.

Für das Licht, Luft und Sonnenbad in Scheitnia am Buchenwaldchen wurde vom Verein der Ausschank von Bier beim Stadtausschuss nachgesucht. Der Antragsteller führte an, der Verein habe 800 Familien zu Mitgliedern, die alle das Bad zur Rettung ihrer Gesundheit aufsuchen. Nicht alle begnügen sich mit alkoholfreien Getränken; die Männer wollten gern ein Glas Bier trinken. Von einem öffentlichen Ausschank könnte nicht die Rede sein, das Bad sei nur für Mitglieder geschaffen worden. Das Gesuch wurde wegen Mangel eines Bedürfnisses abgewiesen. In Scheitnia gäbe es genug Lokale, in welchen die Badegäste ihre leiblichen Bedürfnisse befriedigen können.

Stadt-Theater. Montag zum 25. Male „Der Rosenkavalier“. Dienstag „Othello“. Mittwoch „Der Freischütz“. Donnerstag „Der Zigeunerbaron“ in Opernbesetzung. Freitag zum ersten Male „Der Schmuck der Madonna“, Oper in drei Akten aus dem neapolitanischen Volksleben von Ermanno Wolf-Ferrari. Sonnabend „Martha“.

Lobe-Theater. Montag „Die fünf Frankfurter“. Dienstag „Gespenster“ von Ibsen. Mittwoch „Die fünf Frankfurter“. Donnerstag „Sudrun“. Freitag „Die fünf Frankfurter“. Für Sonnabend wird die erste Aufführung von „Fiat justitia“ Kriminalgroteske in drei Akten, von Lothar Schmidt und Heinrich Rosenfeldt vorbereitet. Das Werk wurde in Berlin und Königsberg anfänglich von der Zensur verboten und ist im Verwaltungsstreitverfahren freigegeben worden.

Thalia-Theater. Montag Sonderdarstellung für die vereinigten Handlungsgehilfenverbände „Schuldig“ von Richard Volz. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch 6. Vorstellung für Gruppe I „Goldfische“, Lustspiel von Schönthan und Kadelburg. Donnerstag Abonnements-Vorstellung für den Humboldt-Verein (braune Karten): „Der Raub der Sabinerinnen“. Freitag 6. Vorstellung für Gruppe K: „Goldfische“.

Schauspielhaus. Montag, erste Abonnements-Vorstellung „Das Fürstentum“. — Dienstag und die folgenden Tage „Eva“. — Für Sonnabend wird die erste Aufführung der Operette „Die schöne Riffette“, von Leo Fall vorbereitet.

Wagner-Synd. Die Abonnementsausgabe für den angekündigten Wagner-Cyklus findet Dienstag und Mittwoch von 2-5 Uhr an der Kasse des Stadt-Theaters statt

und wird an den folgenden Tagen in den Ablichen Kassenstunden fortgesetzt. Von Donnerstag werden Billets zu den einzelnen Vorstellungen abzugeben.

Galtepiaz für Kraftbroschen. Wie der Polizeipräsident bekannt gibt, wird an der Ecke der Luther- und Tiergartenstraße ein Galtepiaz für sechs Kraft-Dreiecke eingerichtet. In diesem Galtepiaz befindet sich auch eine öffentliche Fernsprechstelle.

Wider Leimendes Leben. Vor kaum vier Wochen sind zwei hiesige sogenannte „weisse Frauen“ festgenommen worden, weil sie gewerbsmäßig Handlungen begangen haben, die ein Verbrechen gegen keimendes Leben darstellen. Vor wenigen Tagen ist gegen eine weitere Frau aus dem gleichen Anlaß eingeschritten worden, besondere Verhältnisse schünten sie aber vor der Festnahme. Am Freitag sind noch zwei weitere hiesige Frauen wegen bringenden Verdachts gewerbsmäßiger Verbreitungen von der Polizei festgenommen worden. Das ganze jetzt, wie unheimlich die Verbrechen sind, die Verletzten verurteilen, unglücklichen Schwangeren entsprechende Hilfe zu gewähren.

Straßenverengung. Wegen Neuschüttung des Fahrdammes wird die Kirchallee zwischen Hohenzollernstraße und Magazinallee vom 22. d. M. bis 11. Mai für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Verunglückte Nacht vor der Verhaftung. Der Reisende, Kaufmann Georg Wicitz, der Tauentzienstraße 97, im 2. Stock wohnte, sollte am Sonntag früh festgenommen werden. Er muß das Geschehen der Kriminalbeamten bemerkt haben, denn es gelang ihm, aus seiner Wohnung auf den Boden im 4. Stock zu flüchten. Als er jedoch gewahr wurde, daß man ihn auch dort finden werde, entschloß er sich zur Flucht durch das Dachfenster. Er besetzte eine Wäscheleine im Bodenraum und ließ sich daran durch das Bodenfenster nach dem Hofe zu hinab. Doch leider bemerkte er zu spät, daß die Leine zu kurz war; sie reichte nicht einmal ganz bis zum 1. Stockwerk hinab. In seiner Verzweiflung ließ sich W. hinabfallen und schlug auf das Dach eines im Hofe stehenden Schuppens auf. Er erlitt dabei äußere Verletzungen und schwere innere Verletzungen und blieb bewußtlos liegen. Samariter der Feuerwehr, die herbeigekommen waren, leisteten ihm erste Hilfe und schafften ihn sodann mittels eines Krankenwagens nach dem Allerheiligenhospital, wo er schwer krank darniederliegt.

Vor seinem Wagen überfahren und schwer verletzt wurde am Sonnabend in der Mittagstraße auf der Sternstraße ein Zugelkutscher. Er ging neben einem beladenen Wagen einher und als ihm ein Straßenbahnwagen begegnete, versuchte er sich zwischen dem Fuhrwerk und dem Straßenbahnwagen hindurchzuschlüpfen, wurde aber von einem Rad des Wagens erfaßt, ungerissen und überfahren. Er erlitt Beinbrüche und schwere innere Verletzungen. Samariter der Feuerwehr schafften den Verunglückten mit ihrem Krankenwagen in das Allerheiligen-Hospital. Die Verletzungen sind so schwerer Natur, daß an einem Aufkommen des Verunglückten gezweifelt werden muß. Wie uns nachträglich gemeldet wird, ist der Verletzte inzwischen im Krankenhaus gestorben.

Rohe Mißhandlung. In der Nacht zu Sonntag kam ein auf der Matthäusstraße wohnhafter Mann nachhause, hatte aber keinen Hausschlüssel bei sich. Er rief nun von der Straße her hinauf, um seine Frau zu wecken, damit sie ihm öffne. Das ärgerte einen anderen Mann. Er trat an den Hüter heran und stellte ihn zur Rede. Es entspann sich nun ein heftiger Wortwechsel, in dessen Verlauf der heimkehrende Mann von seinem Gegner so schwer mißhandelt wurde, daß er eine schwere Kopfwunde erlitt und bald in schwere Krämpfe verfiel. Herbeigekommene Samariter der Feuerwehr auf der Elbingstraße schafften den Verletzten zunächst nach ihrer Unfallstation, legten ihm dort einen Verband an und riefen den Krankenwagen der Hauptwache herbei, mit dem der Kranke dann nach dem Allerheiligen-Hospital überführt wurde.

Unbekannte Mauerleiche. Am Sonnabend nachmittag wurde in dem Schlamgraben an dem Grundstück Gräblichenerstraße 217 die Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden, die noch ganz frisch war. Der Verstorbene war etwa 55 bis 60 Jahre alt gewesen, ist 1,65 Meter groß, hat schwarzes Haar, dunklen Schnurrbart, trug schwarzen Anzug, schwarzes Sommerberzieher, schwarzen steifen Hut und schwarze Lederamaschen. In seinen Taschen fand man eine silberne Jagluhr und 60 Pf. Geld. Angehörige oder Bekannte des Toten werden ersucht, sich baldigst im Zimmer 31/32 des Polizeipräsidiums zu melden.

Verunglückt aufgefunden wurde am Sonnabend abend auf der Albrechtsstraße am Hotel Post ein unbekannter Mann. Herbeigekommene Samariter leisteten dem Kranken erste Hilfe und schafften ihn mittels Krankenwagens in das Allerheiligenhospital.

Zugelauten ist ein weißer Hund mit schwarzen Flecken (Terrier) bei Freitag, Nadergasse 7, ein gelber Doghund bei Glafitz, Vorwerkstraße 22.

Aus dem Landkreise.

Achtung, Bauarbeiter! Der Bauunternehmer Ed. Medtger in Tinz bei Tomslau teilt uns berichtigend mit, die Differenzen zwischen ihm und seinen Leuten beruhen nicht darauf, daß er den Tarif nicht innehalte, sie seien vielmehr zurückzuführen auf die Entlassung von zwei Bauarbeitern auf einem Neubau in Weitzern. Die Leute seien entlassen worden, weil sie sich auf der Baustelle „ungebührlich und renitent“ benommen hätten.

Savallen. Gemeindevertretung. In der Sitzung, die dieser Tage abgehalten wurde, lag ein Eingemündungs-Antrag der Stadt Breslau vor. Die Gemeindevertretung ist nicht abgeneigt, in die Eingemündung unter gewissen Vorbehalten einzumilligen. Das war das Ergebnis der Verhandlungen.

Krieteren. In der Gemeindevertretersitzung am Freitag wurden die neugewählten Gemeindevorsteher, Doktor Richter und Kaufmann Slastig eingeführt und durch Handschlag verpflichtet; daselbe geschah auch mit Herrn Dabich, der wiedergewählt war. Der vorliegenden Einparterierungssitzung wurde debattelos zugestimmt. Einen Antrag des Herrn Schaf in Krieteren, der vor seiner Villa auf der Schloßparkstraße eine Laterne aufgestellt haben will, wurde nach kurzer Diskussion entprochen. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, mit Herrn Lesienh in Breslau in Verbindung zu treten, wegen Aufstellung einiger Anschlagstulen. Es sollen vorläufig fünf Säulen aufgestellt werden, die als Eigentum der Gemeinde gelten. Nach fünf Jahren hat die Gemeinde das Recht, sie auf ihre Rechnung zu verpachten; bis dahin steht Herrn Lesienh dieses Recht zu. Die Aufstellungs- und Unterhaltungskosten hat Herr Lesienh zu tragen. Die Säulen sollen dem neuesten Modell entsprechen, das in Breslau verwendet wird. Eine Polizeiverordnung, die in Zukunft das Anbringen von Plakaten in der Gemeinde regelt, soll dem Landrat zur Genehmigung unterbreitet werden. Der Gemeindevorsteher soll mit der Stadt Breslau in Verbindung treten, damit an der Umgehungsbahn zwischen Breslauer- und Kaiser-Friedrichstraße einige Laternen aufgestellt werden. Einige Mängel in der Beleuchtung, verursacht durch Hochsetzungen, wurden der Gastommission überwiefen, diese soll der nächsten Sitzung darüber berichten. Herr Dr. Platow hatte vor einiger Zeit der Gemeinde 500 Mark geschenkt, damit hiesige Schulfinder am Schluß des Jahres Bücher als Geschenke erhalten können. Die Auswahl der Bücher hat sich aber Herr Platow selbst vorbehalten. Es wurde nun ein Schreiben der Regierung verlesen, wonach sie es der Gemeinde nicht erlaubt, das Geschenk anzunehmen, da die Regierung die Bücher nicht auswählen kann. Das ist so recht peinlich und bezeichnend für das Selbstverwaltungsrecht der Landgemeinde. Die Vertreter nahmen aber den Bescheid ruhig hin, als wäre er ganz selbstverständlich, den Bau der Schule und ihre Unterhaltung überläßt der Staat den armen Gemeinden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Sirehlen, 15. April. Der Bod als Gärtner. Der keltische Gerichtsaktuar Sauer aus Breslau ist des Vergehens im Amte angeklagt. Er trat im Jahre 1906 als Kandidat bei dem Gericht in Breslau ein, wo er 1907 Aktuar wurde. Darauf wurde er als stellvertretender Sekretär an das hiesige Amtsgericht versetzt, wo er die Vormundschaltischen zu bearbeiten hatte. Der Stellenbesitzer Reinhold Pfeiffer aus Sittmannsdorf kam zu ihm, um das Sparfassenbuch seines Miinbels bezuhs Aufhebung von Verpflegungsgeldern wieder in Kurs zu setzen. Dies benutzte der Angeklagte, um ebenfalls aus diesem vierzia Mark zu erheben und sich einen Tag in Breslau zu amüßieren. Das Sparfassenbuch gab der Angeklagte erst im Januar 1912 an den Vormund, trotzdem es schon seit dem 24. November 1911 in seinem Gewahrsam war. Als der Vormund den Fehlbetrag merkte, erstattete er Anzeige, worauf der Angeklagte sofort entlassen wurde. Er erhält vier Monate Gefängnis.

Hermisdorf Näbt., 15. April. Ein furchtbares Unwetter, wie seit Jahrzehnten nicht dagewesen, herrichte die Nacht auf Sonnabend in unserem sonst von den Bergen geschützten Tale. So mußten Fuhrwerke, die von Hermisdorf nach Liebau und umgekehrt unterwegs waren, bleiben wo sie waren, da ein Fortkommen direkt unmöglich war. Auch die Privatpersonenpost, welche den Postverkehr von Liebau nach Hermisdorf und zurück vermittelt, mußte gestern Abend, nachdem sie um 6 Uhr in Hermisdorf abgefahren, wegen des tollen Schneesturmes in Michelsdorf bleiben und konnte erst heute morgen nach Liebau weiterfahren.

Neueste Nachrichten.

Für Wasserinn.

Köln, 15. April. In einer hier abgehaltenen überaus zahlreich besuchten Versammlung des Provinzialvorstandes der national-liberalen Partei für die Rheinproving wurde nach eingehenden Besprechungen der gegenwärtigen politischen Lage und nach teilweise recht lebhaften Debatten beschlossen, alle rheinischen Wahlkreise aufzufordern, zum Vertretertag nach Berlin nur solche Delegierte entsenden zu wollen, von denen sich sicher erwarten läßt, daß sie bei den Parteitaratsverhandlungen im Sinne eines Festhaltens an der Führerschaft Wasserinn und an der von Wasserinn geleiteten Politik unter möglicher Sicherung fester Geschlossenheit der Partei wirken werden.

Streit in den Adlern.

Hannover, 15. April. Seit gestern befinden sich sämtliche Fahrer der Adler-Verke, die den Kraftdroschkenverkehr in Hannover zu versorgen haben, wegen Lohnstreitigkeiten im Auslande. Der starke Verkehr zu dem gestrigen großen Bierderennen mußte ausschließlich durch Taximeter aufrecht erhalten werden.

16. Quittung

über Einzahlungen für den Gewerkschaftshaus-Baufonds.
Anteilchein Nr. 1576 100, 1577 100, 1578 100, 1579 100, 1580 100, 1581 100, 1582 100, 1583 100, 1584 100, 1585 100, 1586 100, 1587 100, 1588 100, 1589 100, 1590 100, 1591 100, 1592 100, 1593 100, 1594 100, 1595 100, 1596 100, 1597 100, 1598 100, 1599 100, 1600 100, 1601 100, 1602 100, 1603 100, 1604 100, 1605 100, 1606 100, 1607 100, 1608 100, 1609 100, 1610 100, 1611 100, 1612 100, 1613 100, 1614 100, 1615 100, 1616 100, 1617 100, 1618 100, 1619 100, 1620 100, 1621 100, 1622 100, 1623 100, 1624 100, 1625 100, 1626 100, 1627 100, 1628 100, 1629 100, 1630 100, 1631 100, 1632 100, 1633 100, 1634 100, 1635 100, 1636 100, 1637 100, 1638 100, 1639 100, 1640 100, 1641 100, 1642 100, 1643 100, 1644 100, 1645 100, 1646 100, 1647 100, 1648 100, 1649 100, 1650 100, 1651 100, 1652 100, 1653 100, 1654 100, 1655 100, 1656 100, 1657 100, 1658 100, 1659 100, 1660 100, 1661 100, 1662 100, 1663 100, 1664 100, 1665 100, 1666 100, 1667 100, 1668 100, 1669 100, 1670 100, 1671 100, 1672 100, 1673 100, 1674 100, 1675 100, 1676 100, 1677 100, 1678 100, 1679 100, 1680 100, 1681 100, 1682 100, 1683 100, 1684 100, 1685 100, 1686 100, 1687 100, 1688 100, 1689 100, 1690 100, 1691 100, 1692 100, 1693 100, 1694 100, 1695 100, 1696 100, 1697 100, 1698 100, 1699 100, 1700 100 Mark.
Wir bitten die Inhaber von Anteilsscheinen, diese Summen zu vergleichen.
Breslau, den 15. April 1912.
Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft m. b. H.
Fritz Rasch.

17. Quittung

über Einzahlungen für den Gewerkschaftshaus-Baufonds.
Anteilchein Nr. 1701 100, 1702 100, 1703 100, 1704 100, 1705 100, 1706 100, 1707 100, 1708 100, 1709 100, 1710 100, 1711 100, 1712 100, 1713 100, 1714 100, 1715 100, 1716 100, 1717 100, 1718 100, 1719 100, 1720 100, 1721 100, 1722 100, 1723 100, 1724 100, 1725 100, 1726 100, 1727 100, 1728 100, 1729 100, 1730 100, 1731 100, 1732 100, 1733 100, 1734 100, 1735 100, 1736 100, 1737 100, 1738 100, 1739 100, 1740 100, 1741 100, 1742 100, 1743 100, 1744 100, 1745 100, 1746 100, 1747 100, 1748 100, 1749 100, 1750 100, 1751 100, 1752 100, 1753 100, 1754 100, 1755 100, 1756 100, 1757 100, 1758 100, 1759 100, 1760 100, 1761 100, 1762 100, 1763 100, 1764 100, 1765 100, 1766 100, 1767 100, 1768 100, 1769 100, 1770 100, 1771 100, 1772 100, 1773 100, 1774 100, 1775 100, 1776 100, 1777 100, 1778 100, 1779 100, 1780 100, 1781 100, 1782 100, 1783 100, 1784 100, 1785 100, 1786 100, 1787 100, 1788 100, 1789 100, 1790 100, 1791 100, 1792 100, 1793 100, 1794 100, 1795 100, 1796 100, 1797 100, 1798 100, 1799 100, 1800 100, 1801 100, 1802 100, 1803 100, 1804 100, 1805 100, 1806 100, 1807 100, 1808 100, 1809 100, 1810 100, 1811 100, 1812 100, 1813 100, 1814 100, 1815 100, 1816 100, 1817 100, 1818 100, 1819 100, 1820 100 Mark.
Wir bitten die Inhaber von Quittungen und Anteilsscheinen, diese Summen zu vergleichen.
Breslau, den 20. April 1912.
Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft m. b. H.
Fritz Rasch.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

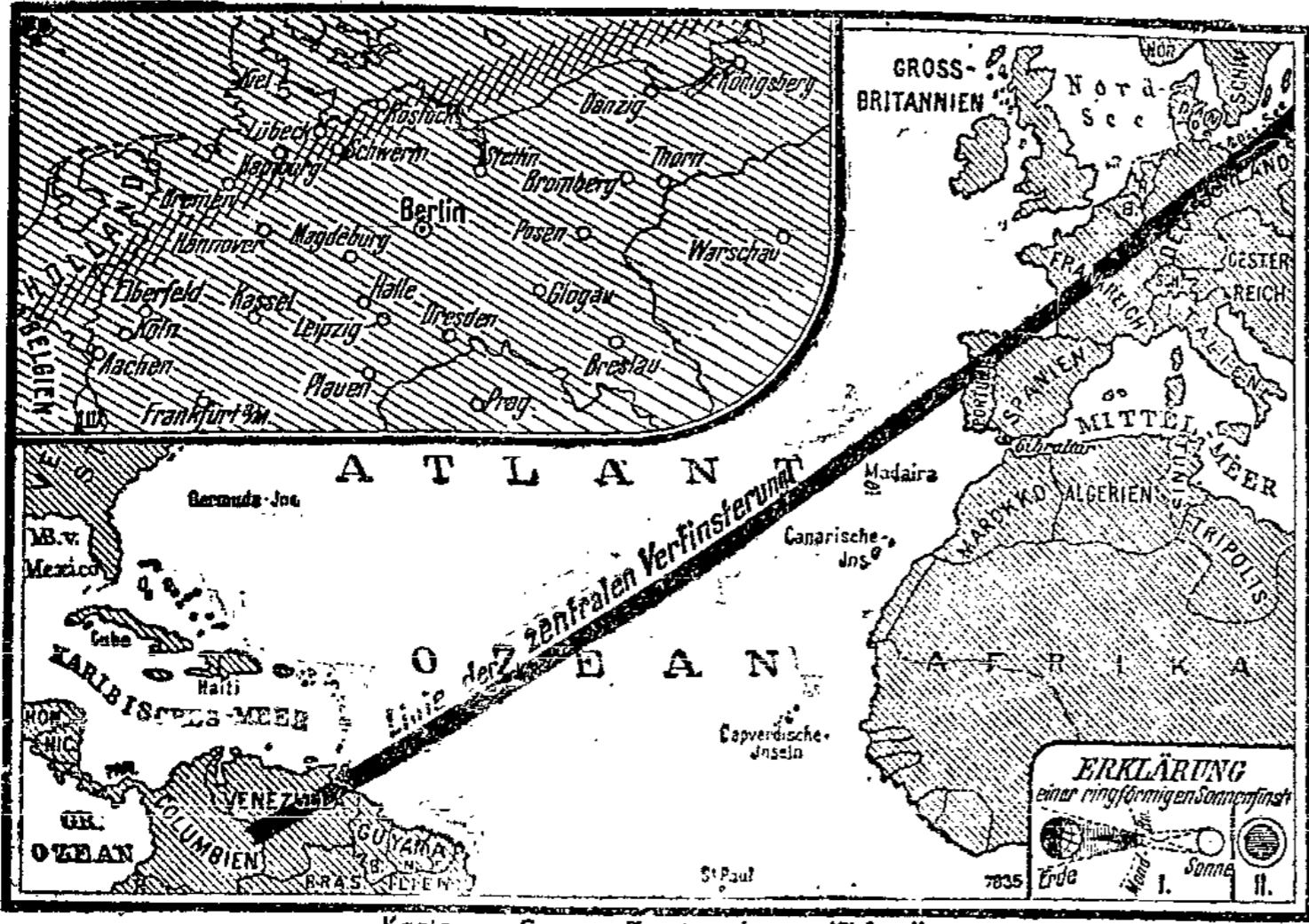
Montag, den 15. April:
Steinfeger. Abends 7 Uhr Versammlung im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Dienstag, den 16. April:
Zimmerer-Verband. Versammlung im großen Saale.
Bauanschläger. Versammlung im Zimmer 1.
Radfahrer. Versammlung im Zimmer 3.
Mittwoch, den 17. April:
Buchdrucker-Verband. Versammlung im großen Saale.
Schauspieler-Verband. Versammlung im Billardzimmer.
Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1.
Schneider-Verband. Versammlung im Zimmer 2.

Aus der Geschäftswelt.

Kaiser-Wilhelm-Lotterie. In der Ziehung vom 11. bis 13. April sind folgende Gewinne gezogen worden: 75 000 M. fielen auf Nr. 184 039, 30 000 M. auf Nr. 58 202, 10 000 M. auf Nr. 145 285, 5 000 M. auf Nr. 123 193, je 10 000 Mark auf Nr. 100 066, 186 842. (Ohne Gewähr!) Wittgeil von der Firma B. Riemelt, Ring 22, Spezial-Lotterie- und Bankgeschäft.

Dienstag, den 16. April 1912.

Die Sonnenfinsternis am 17. April 1912.



Karte zur Sonnenfinsternis am 17. April.

Am Mittwoch, den 17. April, um die Mittagszeit findet eine in ganz Deutschland sichtbare, außerordentlich interessante Sonnenfinsternis statt, bei der in Berlin und Bre lau mehr als neun Zehntel des Sonnenburchmessers vom Monde bedeckt werden wird. Die Finsternis beginnt in Berlin um 12 Uhr 8 Min. und endigt um 2 Uhr 47 Min. Auf einer schmalen Zone, die in gerader Linie von Luisburg-Ruhort in der Rheinprovinz und Westfalen, Hannover, Mecklenburg bis zur Südküste von Kügel überläuft, wird die Sonnenfinsternis ringsförmig erscheinen, also ein für Deutschland seltenes Phänomen darbieten. Die Sonnenfinsternis wird fast in ganz Europa, in Mittelasien, im nordwestlichen Afrika und im nordöstlichen Teile von Südamerika zu sehen sein. Es wird ihr mit Rücksicht darauf, daß sie nicht vollständig, sondern nur an der Grenze der Vollständigkeit sein wird, besondere astronomische Bedeutung beigemessen. Die günstigsten Beobachtungsverhältnisse der Finsternis sind in

Europa; hier wird es eine Zentralverfinsternis sein, auf der die Sonne ringsförmig erscheint. In dieser Ringsförmigkeit beruht die Eigenartigkeit der Verfinsternis. Die hochinteressante Naturerscheinung entsteht dadurch, daß an diesem Tage Sonne, Mond und Erde genau hintereinander stehen, der Mond schiebt auf die Erde fällt und die Mondscheibe die Sonne verbirgt. Allerdings wird diese Verfinsternis der Sonne nicht von allen Teilen der Erde aus in gleicher Weise gesehen werden. In einzelnen Teilen liegt die kleinere Mondscheibe genau vor der Mitte der Sonne, so daß von dieser noch ein leuchtender Ring sichtbar bleibt; in einzelnen Gegenden wird die Sonne, wenn auch nur für einige Sekunden, vom Mond gänzlich verdeckt. In anderen Gegenden, wie beispielsweise in unseren, streicht der Mond nur über einen kleinen Teil der Sonnenscheibe. In unserer Karte ist der Verlauf der Sonnenfinsternis zu sehen.

11. Verbandstag der Dachdecker.

Nürnberg, 13. April 1912.

Vom Montag, den 15. April ab wird hier der elfte Verbandstag des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands abgehalten. Wie der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes feststellt, waren die zwei verflochtenen Jahre die besten seit Bestehen der Organisation. Nicht etwa nur in Bezug auf die Zunahme der Mitgliederzahl oder Verbesserung der Finanzen, sondern in jeder Hinsicht, die die Organisation darstellt, auch eine erfreuliche Ausgestaltung des Tarifwesens, wodurch den Mitgliedern wesentlich Vorteile verschafft wurden. So hat alles zusammengeköpft, um die Organisation vorwärts zu bringen. Die Zunahme der Mitglieder betrug in der Berichtszeit 2291, der Verband stieg von 6191 auf 8482 Mitglieder. Ueber eine solche Steigerung, es sind 35 Prozent, war noch in keiner Geschäftsperiode vorher zu berichten. Der Aufschwung ist umso mehr zu begrüßen, da die Unternehmer im Dachdeckerberuf vor zwei Jahren auch fast mit den übrigen Bauherren daran arbeiteten, die Organisationen der Bauarbeiter zu vernichten. Der Erfolg wird sie nicht besonders befriedigen, wenn sie sehen, daß sie jetzt einer viel stärkeren, geschlosseneren Macht gegenüberstehen.

Die fortschreitende Entwicklung des Verbandes ist besonders auch in den Finanzverhältnissen zu erkennen. Das Vermögen stieg in den zwei Jahren, während der Kampf auf der ganzen Linie tobte, von 51.232 Mark auf 126.142

Mark. Die gesamten Einnahmen betragen 352.542 Mark. Davon fließen an die Mitglieder wieder zurück: Für Unterstützung bei Streiks und Aussperrung 108.732 Mark, für Reise- und Ausgängerunterstützung 27.287 Mark und für andere Unterstützungen 2000 Mark, jedoch insgesamt 146.641 Mark an die Mitglieder wieder zurückbezahlt wurden. Das Verbandsvermögen betrug 19.859 Mark.

Lohnbewegungen und Streiks von den im Jahre 1910 in 79 Orten (ohne die große Aussperrung), 1911 in 70 Orten durchgeführt. In den beiden Jahren wurden 86 Tarife, an denen 1535 Berufsangehörige beteiligt waren, abgeschlossen. Die Wirkung dieser neu vereinbarten Verträge ist aus folgender Zusammenfassung zu ersehen: 1910 wurde für 3092 Kollegen eine wöchentliche Lohnerhöhung um 7502 Mk. und eine Arbeitszeitverkürzung um 2787 Stunden, 1911 für 2035 Kollegen eine Lohnerhöhung um 5204 Mk. und eine Arbeitszeitverkürzung um 2189 Stunden pro Woche erzielt. Die große Bauarbeiteraussperrung, an der etwa 1000 Kollegen beteiligt waren, wurde nicht nur zurückgewiesen, sondern weit über den Preis der Schiedssprüche hinaus, der für die Dachdecker keine Gültigkeit hatte erhebliche Verbesserungen errungen. Die Dachdeckermeister mußten die Gefälligkeit, ihre Leute mitauszusperren, ziemlich teuer bezahlen. Diese Erfolge auf der ganzen Linie haben die Organisation innerlich sehr gestärkt, und sie waren der Hauptgrund, weshalb die Verschmelzung, für die sich der letzte Verbandstag sehr warm ausgesprochen hatte, bei der Urabstimmung mit sehr starker Majorität abgelehnt wurde. In

Aus aller Welt.

Eine Unglücksfahrt des Lustschiffes „Schütte-Lanz“. Das Lustschiff „Schütte-Lanz“ wurde am Sonnabend vormittag um 11 Uhr aus der Halle bei Rheingau gezogen und ist um 1/2 12 Uhr zu seiner ersten Fahrt in diesem Jahre aufgestiegen. Ueber den Verlauf dieser Fahrt, die wegen verschiedener Unfälle zwangsweise unterbrochen wurde, berichtet die „Volkswacht“:

Nach verschiedenen sehr schönen Manövern ging das Lustschiff plötzlich hinter Wehl auf den Schwefeligen Wiesen, wie es heißt, infolge Steuer- und Motordefekten nieder und zwar so rasch, daß es sich mit der vorderen Gondel und der Spitze in die Erde eingrub.

Die Personen, die sich in der vorderen Gondel befanden, wurden herausgezogen, darunter auch Professor Schütte. Der Monteur Jakob Götting erlitt einen Rippenbruch und Brustkorbsverletzung und mußte ins Schwefelinger Krankenhaus gebracht werden. Die anderen Insassen blieben unverletzt.

Das Lustschiff stieg sodann, nachdem der ganze Wasserballast entleert worden war, wieder sehr rasch in die Höhe, worauf auch der ganze Motor versagte, das Lustschiff wurde über den Rhein getrieben und landete bei Ultrip auf waldigem Boden, 400 Meter vom Strom entfernt.

Man beabsichtigt, das Lustschiff durch Militärmannschaften mit Hilfe von Seilen über den Rhein zu befördern. Nach der unfreiwilligen Landung bei Wehlhof befanden sich in den beiden Gondeln nur sechs Personen, darunter Kommerzienrat Kochling, der mit einigen leichten Hautabwühlungen davonkommen ist. Die Landungsstelle ist von einer großen Menschenmenge umgeben.

Vertrauensschwindeln eines Siebzighährigen. Ein alter Herr mit langem weißen Vollbart hatte sich am Donnerstag vor dem Strafrichter wegen Vertrauensschwindels zu verantworten. Wegen wiederholten Betruges hatte die erste Strafkammer des Landgerichts III Berlin gegen den aus der Untersuchungshaft vorgeführten Privatier Paul Breitkopf zu verhandeln.

Der Angeklagte, der einen soliden und würdigen Eindruck macht, hat schon eine ereignisreiche Vergangenheit hinter sich. Er ist mehrfach wegen Betruges verurteilt, so daß sich sein Bild schon sehr längerer Zeit in dem Album des Berliner Polizeipräsidiums befindet. Er ist unter anderem in Wien mit acht Jahren Kerker bestraft worden. Der Angeklagte selbst behauptet zwar, daß er sich niemals im Leben habe etwas zu

Gulden kommen lassen. Er ist insofern das Opfer einer Verlonenbernehmung geworden, als nicht er, sondern sein „Zwillingbruder“, der aber leider nicht auffindbar ist, jene Verurteilungen erlitten habe. — Die Anklage behauptet jetzt, daß er trotz seiner 70 Jahre sich als Betrüger betätigt habe. Er erließ Inzerate, in denen er sich als wohlhabender Haus- und Fabrikbesitzer ausgab, teils auch meldete er sich auf Inzerate, in denen „berühmte Damen in geleisten Fahrern“ einen Lebensgefährten suchten, um mit diesem ein „spätes Glück“ zu genießen. Auf diese Weise machte er unter anderen die Bekanntschaft einer Frau A. Der Angeklagte gab sich als Billenbesitzer aus Wien aus und erklärte, daß er Besitzer einer Fabrik in Neudölln sei, die ihm einen Gewinn von jährlich 12.000 Mark bringe. Nach kurzer Bekanntschaft wurde die Verlobung proklamiert. Als der alte Herr nach einiger Zeit trotz seines angeblichen Vermögens der Braut erklärte, daß er sich augenblicklich in Geldverlegenheit befinde, fiel ihr dies weiter nicht auf. Sie gab ihrem zukünftigen Schwager Geld als er verlangte, nachdem er ihr erklärt hatte, er wolle seinem Bruder eine Fabrik bauen. Frau A. opferte ihrem Bräutigam nach und nach etwa 40.000 Mark. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte auch noch mehrere andere Damen um teils recht erhebliche Beträge beschwindelt hatte. — In der Verhandlung, in der der Angeklagte jede betrügerische Absicht bestritt, waren zwei volle Sitzungstage angelegt. Im ersten Verhandlungstage wurde der Angeklagte, der nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Marx an schwerer Arteriosklerose leidet, von einem Unwohlsein befallen, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die schweren Vorurteile des Angeklagten und die in Frage kommenden hohen Summen eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Getroren anfangen. Umweil Alcenau bei Hannover ist der 55jährige Farber Vorwerk eretroren aufgefunden worden. Es ist anzunehmen, daß Vorwerk vorher dem Alkohol zugegeben hat.

Sittlichkeitsverbrechen. Kürzlich wurde auf eine angelebene Dame der Damiger Gesellschaft im nahen Fischkentaler Walde ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt eine Verlobung von 2000 Mark auf die Ermittlung des Täters ausgelegt.

Verbrechen der Weinbauern. Aus Niederrhein bei Köln wird gemeldet, daß in den dortigen Weinbergen zahlreiche Tragebrenn abgebrochen wurden. Der

den nächsten Jahren dürfte daher die Verschmelzungsfrage kaum wieder auf die Tagesordnung kommen.

Der jetzt zu amnestierende Verbandstag findet reichliche Arbeit vor. Zunächst wird diesmal aller Voraussicht nach die Arbeitslosenunterstützung angenommen. In Betracht der Kampfstatistik der Unternehmer liegen aus mehr als der Hälfte der Filialen Anträge auf Erhöhung der Beiträge, oder Erhebung von Extrabeiträgen vor. Aus diesen Anträgen spricht der ernste Wille, für die Zukunft unter allen Umständen gerüstet zu sein. Einen breiten Raum der Verhandlungen wird die Anstellung eines eigenen Redakteurs beanspruchen. Seit Monaten wird diese Frage in der Dachdeckerzeitung sehr lebhaft besprochen. Der Verbandsvorstand hat den Antrag auf Anstellung eines eigenen Redakteurs nicht gestellt, weil man mit dem jetzigen nebenamtlichen Redakteur unzufrieden ist, sondern weil in der Zentrale unbedingt eine weitere Kraft nötig ist. Der festzustellende Redakteur soll im Zentralbureau noch die statischen Arbeiten übernehmen. Weiter wird den Verbandstag die Anstellung von neuen Gauleitern in Sachsen und Braunschweig-Sachsen beschäftigt. Die Frage des Bauarbeiterbundes wird erörtert werden und die juristische Stellung der Tarifverträge wird Genosse Reichstaatsabgeordneter Rath, der Redakteur der Verbandszeitung, behandeln. So ist also die Tagesordnung des Verbandstages ganz reichhaltig. Ueber den Verlauf der Tagung werden wir nach Schluß des Verbandstages weiterführend berichten.

Die Methylalkoholvergiftungen vor Gericht.

Da der Angeklagte Redomski zur festgesetzten Stunde nicht an der Gerichtsstelle erschienen war, verzögert sich der Beginn der Verhandlung um eine Stunde. Der Vorsitzende ermahnt den Angeklagten Redomski nach keine zu erscheinen, rechtzeitig vor Gericht zu kommen, widrigenfalls er in Haft genommen werden müßte. — Dann wird in der Beweisaufnahme fortgefahren. Die Zeugen Kossick und Franke geben an, daß sie bei Flaum bzw. Virchow Schiffschiffen mit Rum getrunken haben und daß bei ihnen darauf Sehförungen eingetreten seien, an denen sie heute noch leiden. — Die als Zeugen und Sachverständige vernommenen behandelnden Ärzte in diesen beiden Fällen Dr. Vetomski und Dr. Hoffmann vermögen nicht mit Sicherheit zu sagen, daß Methylalkohol hier die Ursache der Sehförungen sei. Der Sachverständige Doktor Vetomski glaubt jedoch, daß eine Vergiftung durch Methylalkohol vorliege. Schon auf dem Ophthalmologenkongreß im Jahre 1900 seien diese Sehförungen infolge Methylalkohols eingehend erörtert worden. Bei Methylalkoholvergiftung komme es fast immer zur Erblindung oder zu einer dauernden Sehförung, während nach einem Rausch infolge Genuss anderer Alkohols die Sehförungen innerhalb kurzer Zeit vergehen. — Es entspinnt sich nunmehr eine eingehende Debatte zwischen den Sachverständigen darüber, ob wohl der reine Methylalkohol, oder nur dessen Zerlegungsprodukte, Formaldehyd und Ameisensäure, diese Erscheinungen hervorrufen. Der Sachverständige Dr. Vetomski gibt an, daß er allerdings nur aus der Literatur wisse, daß der Methylalkohol derartig schädlich auf das Auge einwirkt. Herr Dr. Jaffe stellt den Antrag, den Medizinalrat Doktor Kieseferstein aus Magdeburg zu laden, der in der letzten Nummer der Zeitschrift für Medizinalbeamte ausdrücklich ausführte, daß die Giftigkeit des Methylalkohols bisher in Deutschland so gut wie unbekannt war. Auch in der letzten Nummer der pharmazeutischen Zeitung sei ein entsprechender Artikel enthalten. — Sachverständiger Medizinalrat Dr. Störmer führt aus, daß ihm bisher noch nichts davon bekannt sei, daß Methylalkohol derartig zerstörende Wirkungen auf den Sehapparat des Auges habe, er wisse nur, daß Formaldehyd und Ameisensäure, die einen brennenden Geruch haben, auf die Augenschleimhaut einen derartigen Reiz ausüben, daß, wenn beim Niesen von Formaldehyd Tränenfluß eintritt. — Sachverständiger Dr. Jelechik meint, die wesentlichen Zerlegungsprodukte des Methylalkohols seien nicht Ameisensäure und Formaldehyd, sondern Aceton. Er habe bei der Untersuchung der Leichenteile niemals Formaldehyd nachweisen können, sondern nur Methylalkohol. Sachverständiger Dr. Störmer: Einige der Leichen, die ich sezierete, hatten einen ganz eigenartigen Geruch und die Leichenöffnungen verurteilte auf der Hand ein starkes Brennen, ähnlich dem, wenn man sich mit verdünntem Formaldehyd reinigt. Die Methylalkohol sich chemisch im Körper zerlege, war mir damals, wie auch anderen Leuten, das gefehle ich ganz unumwunden zu, unbekannt. Im übrigen habe ich, wenn ich den brennenden Geruch an den

diesjährig zu erwartende Ertrag ist dadurch völlig vermindert. Bisher ist es trotz eifrigster Bemühungen der verstärkten Gendarmerie nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden.

Rabeneltern. Ein sehr düsteres Familienbild entrollte die Verhandlung vor der Kieler Strafkammer, in der der 41jährige Arbeiter Heinrich Huber aus Hannover wegen Kindesmord handlung sich zu verantworten hatte. Huber lebte schon seit Jahren mit der Ehefrau Luß, deren Mann seit Jahren verschollen ist, zusammen; dieser wüßte Ehe entsprang ein Kind, das jetzt zwei Jahre alt ist, während aus der ersten Ehe der Luß die zwölfjährige Tochter Auguste und der zehnjährige Sohn Hans vorhanden waren. Der Stiefvater hatte einen förmlichen Haß gegen diese beiden und mißhandelte sie auf ganz unmenschliche Weise. Während die Mutter der Kinder auf Arbeit war, überließ sie Huber, der oft betrunken nach Hause kam, in ein inner dem Fußboden befindliches kleines fensterloses kaltes Kellerloch, in dem sie oft von Mittag bis Abend in abgemessenen Zuständen ausharren mußten. Am 22. Dezember v. Js. kam Huber wieder betrunken nach Hause, geriet das nur mit einem Hemd bekleidete Mädchen aus dem Bett, schlug es und überließ das nackte Kind in das Kellerloch, nachdem die Mutter auf sein Verlangen die Falltür geöffnet hatte. Als alles still war, floh das Mädchen völlig nackt aus dem Hause zu einer ihr bekannten Familie. Das Gericht verurteilte Huber zu neun Monaten Gefängnis, gegen die Luß wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Einrichtungen in Algers. Freitag früh wurden vier Eingeborene hingerichtet, die wegen mehrfacher Morde zum Tode verurteilt worden waren. Sie gingen mit großer Ruhe in den Tod.

Brand eines Werdhales. In der Kaserne Matmaison in Bukarest sind die Stallungen niedergebrannt. Ein Soldat erlitt den Erstickenstod. 55 Pferde sind verbrannt. Schließlich gelang es, den Brand zu lokalisieren.

Die Cholera. Die Cholera nimmt in Abana in bedenklicher Weise zu.

Im Schneesturm erfroren. Während des gestrigen Schneesturmes sind in Orzange bei Leimbach, drei Bauern und der Gymnast Dewitz erfroren.

Mord und Selbstmord. Die 20jährige Witwe Josepha Kojos hat ihr 1jähriges Söhnchen und dann sich selbst erschossen. In einem hinterlassenen Briefe schreibt sie, daß sie die Tat deswegen begangen habe, weil sie die Liebe ihrer Mutter verloren hat.

Ich bemerke, auch meine Kollegen gebeten, mir Ihre Nase zu leihen. Aber, wie de gustibus non disputandum est (über den Geschmack ist nicht zu streiten), so ist auch über Geruchseindrücke nicht zu disputieren. (Weiterkeit.) Dr. Felsch behauptet demgegenüber, daß fast alle Leichen Säuregerüche hervorrufen. — Rechtsanwalt Wredereck stellt dann noch den Antrag, den Geheimen Medizinalrat Universitätsprofessor Dr. Gurnad-Verlin als Sachverständigen zu laden; dieser habe in der Medizinischen Wochenschrift ausgeführt, daß Metanalkohol im menschlichen Körper durch Einwirkung von Säuren langsam zu Amiesensäure oxydiere. Das Gericht behält sich Befehlsetzung hierüber vor und nach weiteren unwesentlichen Verhandlungen wird die Fortsetzung des Prozesses auf Dienstag verlagert.

Parteiangelegenheiten.

Aus dem russischen Parteileben.

Smiliten der schweren inneren Kämpfe, die in den letzten Jahren die Signatur der Sozialdemokratie Rußlands ausmachten, ist eine Tatsache aus der letzten Zeit geeignet, die besten Hoffnungen für den Wiederaufbau der Partei wahrzunehmen. Nach langen Mühen ist endlich eine Parteikonferenz in Moskau, auf der die einflussreichsten Parteiführer Rußlands eine Einigung der Parteiführer ohne Unterschied der Richtungen erzielt worden. Auf einer Konferenz der Sozialdemokratie Rußlands, des Russischen Arbeiterbundes und des russischen Landeskongresses, die im Januar in Moskau tagte, wurden die Vorarbeiten für die Einberufung einer allgemeinen Parteikonferenz eingeleitet und eine Organisationskommission gewählt, die mit dieser Aufgabe betraut wurde. Die Tätigkeit der Organisationskommission wird in der Partei fast einmütig anerkannt. Es ist eine Tatsache, daß das einseitige Eingangsverbot von Erlaß gekündigt wird, und daß die Sozialdemokratie Rußlands, ungeachtet aller Spaltungsversuche einzelner Gruppen, vor den im Herbst stattfindenden Wahlen die Einheit und Geschlossenheit wiederherstellt, die jetzt mehr denn je eine Lebensbedingung für sie sind.

Aus den Protokollen der oben erwähnten Besprechung wird von dem Sekretariat der Organisationskommission eine Reihe von Angaben über den Zustand der Organisation veröffentlicht. Obgleich diese Angaben sich lediglich auf die Organisationsarbeiten beziehen, deren Initiative die Einberufung der Konferenz zu verdanken ist, geben sie doch ein recht erfreuliches Bild der Tätigkeit und Entwicklung der Partei.

Im Januar wurden mehr als 1000 organisierte Parteigenossen gezählt, die regelmäßig Mitgliedsbeiträge zahlen. Die Organisationen machen die Arbeit besser, es werden Zeitungen und Flugblätter herausgegeben.

Aus dem Rat der Russischen Arbeiterbundes wurde folgendes berichtet: Das Zentralkomitee steht in ständiger Verbindung mit 11 Zentralorganisationen. Die in letzter Zeit organisierten Aktionskomitees, die aus verschiedenen Kreisen unternehmend wurden, bereinigen laufende von Unterleuten auf sich. Es wird eine große Anzahl von Parteimitgliedern vertrieben, die in der letzten Zeit einen sehr guten Absatz fanden. Parteimitglieder wurden in 4-5000 Exemplaren vertrieben.

Am weitesten voranschritten ist die Organisationsarbeit der Sozialdemokratie Ostlands. Die Zahl der organisierten Arbeiter, die regelmäßig Mitgliedsbeiträge zahlen, beläuft sich auf über 3000. Die Organisationen der landlichen Arbeiter umfassen etwa 1000 Mitglieder. In den bestehenden Gewerkschaften wurden 5000 Mitglieder gezählt. Es gibt ferner eine ganze Reihe von kulturellen und Bildungsvereinen, u. a. auch in der Provinz. Parteiliteratur wird in beträchtlicher Anzahl herausgegeben und vertrieben.

Sozialdemokratische Gerichtspräsidenten.

Von Oberrecht (Landgericht) des Kantons Zürich wurde Genosse Otto Lang, bisher zweiter Vizepräsident und viele Jahre Vorsitzender der Schweizer Sozialdemokratischen Partei, zum Präsidenten gewählt. 2. Vizepräsident wurde Genosse E. W. Lang. Danach liegen die beiden Sozialdemokraten des Gerichts neben einem Sozialdemokraten im Präsidium: ein gleich ehrenbares Zeugnis für ihre richterlichen Eigenschaften wie für die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit des gesamten Richterstandes, der, in seiner großen Mehrheit bürgerlich konstituiert, derart frei von politischen Rücksichten entscheidet. — In Solothurn ist Genosse Dr. G. W. Müller zum Präsidenten, — Selbstverständlich steht die hier schwerwiegende Juristenarbeit, aus dessen Reihen das weitest aus beste bürgerliche Geschlecht, dessen Übernahme an Stelle unseres wenig glücklichen B. S. man schon empfohlen hat, ein

vorzüglicher Strafschlichter und ein Meisterwerk wie Lohmar's „Arbeitsvertrag“ hervorgegangen sind, an Bestimmungstüchtigkeit weit hinter unserem deutschen zurück. In Geschäften, wie sie heute anstandslos in Preußen noch ausgeführt werden, wäre das schweizerische Richteramt nicht zu gebrauchen.

Aus Oberschlesien.

Der staatsgefährliche „Adler“.

Zu welcher sonderbaren Blüten der Fatalismus treibt, das beweisen zwei Prozesse vor der Strafkammer in Weichen OS. am letzten Sonnabend. In beiden Fällen war der „Adler“ ein Gegenstand, mit dem grober Unfug getrieben worden ist, oder sein soll. Es bedarf gar keiner Erwähnung, daß es sich nicht um den schwarzen — preussischen — Adler handelt, der ja an allen Ecken und Enden zu sehen ist. In Frage kommt hier in beiden Fällen der weiße — polnische — Adler, vor dem die Fatalisten eine heilige Furcht haben.

Im ersten Falle hat die Ehefrau des „Katholik“-redakteurs Bednary wegen groben Unfugs zu verantworten, weil sie Ohringe mit dem „polnischen Adler“ getragen hat. In einem am 23. April 1911 in Ruba von etwa 1000 Personen besuchten Volksversammlung, in der Aorantj referierte, war die Angeklagte im Büro der Versammlung. Der überwachende Polizeikommissar bemerkte den „polnischen Adler“ an den ganz kleinen Ohringen. Der Polizeikommissar machte dem mitbewachenden Wachtmeister und dieser wieder einem angehenden Bürger von Ruba darauf aufmerksam. Die Sache wurde natürlich angezeigt und das Schöffengericht Jabrze sprach die Angeklagte frei. Die Strafkammer in Glewitz hob das Urteil auf und verurteilte Frau B. zu 60 Mk. oder 20 Tagen Haft. Das Oberlandesgericht Breslau aber hob dieses Urteil auf und verwies es an das Landgericht Weichen. Die Verhandlung ergab, daß die staatsgefährlichen Ohringe wohl niemand beobachtet hat, und selbst der eine Zeuge, den der Polizeibeamte darauf aufmerksam machte, hat keinen Anstoß daran genommen. Obgleich der Staatsanwalt wörtlich sagte: „Der äußere Stand der öffentlichen Ordnung sei gefährdet gewesen“ und 9 Mk. oder 3 Tage Haft als Sühne gefordert würden, kam das Gericht zur Freisprechung. Der Staat trägt die nicht geringen Kosten.

Der zweite Fall war viel „staatsgefährlicher“ und war durch eine Kravatte unadel mit polnischem Adler verurteilt. Ein Bergmann L. Kaminski aus Kattowitz wollte am 17. September v. J. zum Solsfest nach Idawische. Mit der Schlipswafer fuhrte er auf dem Bahnhof Kattowitz, den Zug erwartend. Ein Polizeibeamter der extra wie er als Zeuge angab, nach der Bahn geschickt war, um Umschau nach polnischen Abzeichen zu halten, entdeckte dieses und nahm Anstoß daran, wie auch ein anwesender Kriminalbeamter aus Jabrze und der Bahnhofsvorort. Vor Gericht waren die beiden letztgenannten nicht erschienen, aber der Polizeibeamte mußte das sie sich — also mindestens drei Mann — über das polnische Abzeichen geäußert hätten. Dieses genügte, um das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Kattowitz aufzuheben und den Angeklagten zu 30 Mk. und die Kosten des Verfahrens zu verurteilen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß die Deutschen (die aber polnisch sprechende Oberschlesier sind D. W.) Anstoß genommen hätten und daher liege grober Unfug vor. Daher trage auch die Behauptung des Verteidigers, die Staatsanwaltschaft treibe eine Politik der Nadelstiche, nicht zu.

Ob mit dergleichen kleintlichen Mittelchen die Polen zu vaterlandliebenden Preußen erzogen werden, erlauben wir uns zu bezweifeln.

Königshütte, 15. April. Racheakt.

Der Arbeiter Cymorek schlug den Arbeiter Byskal aus Rache nieder, weil dieser ihn vor einem Jahre einmal verprügelt hatte. Byskal erhielt so schwere Wunden am Leib und am Kopfe, daß er bewußtlos liegen blieb. Bei Cymorek wurde ein 25 Pfund schwerer Stein gefunden, mit dem er den Byskal erschlagen wollte.

Weichen OS., 15. April. Strafkammer.

Wegen Tätlichkeitsverbrechen in drei Fällen wurde der Grubenarbeiter August Prohschke aus Eichenau zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt.

Kattowitz, 14. April. Der jugendliche Desraudant

Wilhelm Lehmann, der als Laufbursche einer hiesigen Zigarrenfirma 500 Mk. unterschlug und damit das Wette fracht, hat von Wien aus seinen Angehörigen eine Karte geschrieben, daß er auf der Reise nach Konstantinopel begriffen sei. Der junge Mensch wird wohl von seiner Abenteuerlust geheilt sein, wenn ihm die Vermittel ausgegangen sein werden.

Idawische, 15. April. Bewaffnete Einbrecher

Die Handlenderbande, die vor einigen Tagen in das Amtsgebäude in Emanuelstegen den verwegenen Einbruch ausführte, setzt ihren Raubzug weiter fort und stahlte in der verflochtenen Nacht den hiesigen Einwohnern einen Besuch ab. Zunächst versuchten sie bei dem Apotheker Jablonowski gegen 12 Uhr einzubrechen. Sie verschafften sich mit Stemmeln den Eingang in das Geschäftslokal, erbrachen die Kasse und raubten den Inhalt in Beträge von 50 Mark. Der inzwischen nachgewordene Apotheker gab auf die Räuber einige Schüsse ab, doch gelang es diesen mit der Beute zu entkommen. Von hier aus zogen sie zum Postamt, erbrachen wiederum mit Stemmeln die Türen und versuchten auch hier die Kasse zu berauben. Der Postmeister wurde aber rechtzeitig auf die Einbrecher aufmerksam und machte von seiner Schutzwaffe Gebrauch, worauf die Eizylinder ohne Beute verschwanden. Nun wandten sie sich der Gastwirtschaft „Waldschloß“ zu, um auch hier einen Einbruch zu verüben. Es war mittlerweile etwa 1/2 Uhr geworden. Sie drangen vom Garten aus in das Restaurationslokal ein. Die Frau des Besitzers Carl Schneider hörte jedoch die Einbrecher und weckte ihren Mann. Herr Schneider hatte schleunigst seine Jagdflinte und schoß von seiner Wohnung aus gegen die Verbrecher. Es entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht, bei dem aber anscheinend auf beiden Seiten niemand verletzt wurde. Die Banditen zogen es schließlich vor, zu verschwinden, nachdem sie auf dem Rückwege noch einige Schüsse auf den Gastwirt abgegeben hatten. Wie Herr Schneider deutlich bemerken konnte, waren es drei Kerle, von denen zwei anscheinend mit Revolverpistolen bewaffnet waren. Sie entfernten sich in der Richtung nach Kattowitz und überschritten noch kurz vor dem Passieren des 1/2 Uhr Zuges die Barriere in Idawische. Bekleidet waren zwei der Einbrecher mit schwarzen Anzügen und schwarzen Hüten, einer mit grauem Anzug und ebensolchem Hut.

Es ist geradezu unbegreiflich, sagt die „Kattowitzer Ztg.“, mit welcher Frechheit die Banditen zu Werke gehen. Sie werden nachgerade zum Schrecken der Bevölkerung und man muß sich nur wundern, daß die Sicherheitsbehörden hier nicht energischer einschreiten. Es ist die höchste Zeit, daß hierin Wandel geschaffen wird, denn sonst muß man schließlich glauben, daß in unserem oberschlesischen Industriebezirk nicht mehr ausreichende Sicherheit zum Schutze der Bewohner vorhanden ist.

Ausreichende Sicherheitsorgane sind vorhanden, nur sind wir der Meinung, daß mit der Verfolgung der Arbeiterbewegung zu viel Kräfte beschäftigt werden, die besser anderweitige Verwendung finden könnten.

Radibor, 15. April. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Jungfernststraße 3, wichtige Mitgliedsversammlung. Die Tagesordnung, darunter ein Vortrag des Genossen Döring, Weichen, wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zutritt nur für Mitglieder.

Weichen OS., 15. April. Sozialdemokratischer Verein. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 17. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Gaystraße 7. Wichtige Tagesordnung und Vortrag des Genossen Döring. Mitgliedsbuch legitimiert.

Briefkasten

Schriftliche Anstufung wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion Wochentags von 12-1 Uhr Mittags.
J. K., Idawische. 1. Sie müssen sich bei der Polizei einen Wandergenverbeschein lassen. 2. Schreiben Sie nur an die Expedition des „Waldschloß“ in Berlin.
D. M., Wörtherstraße. Nein, das Kind muß die Mimente weiter bekommen.
P. S. Der Wirt hat von Ihnen nichts zu fordern, da er mit der Räumung der Wohnung unter der Zeit einverstanden war.
M. S., Patichau. Selbstverständlich, Nikolaistraße 17/18.

Am 13. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Tischler

August Scholz

im blühenden Alter von 24 Jahren. 5114
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Seine Kollegen der Tischlerei A. Scholz.
 Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Schiesswälderplatz Nr. 13, nach Oswitz, Erlösergemeinde.

Vom 1. April 1912 ab wird, soweit nicht bei einzelnen Abnehmern anders festgesetzt wird, der Verbrauch von Gas, Wasser und Elektrizität bis auf weiteres grundsätzlich nur alle zwei Monate abgerechnet werden. Bei einem Teil der Gasabnehmer werden außerdem verjüngsweise auch nur alle 2 Monate die Messerstände abgelesen werden. Die Rechnungsbeiträge werden wie bisher durch die Geldheber eingezogen. Es bleibt den Abnehmern daneben überlassen, bei der Kasse der Betriebswerke die dreimonatliche Abrechnung zu verlangen.

Breslau, den 4. April 1912. 5119

Die Betriebsdeputation.

Stadt-Theater.
 Montag, 7 1/2 Uhr:
 Zum 25. Male:
 „Der Roter Kavalier“.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Othello“.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
 „Der Freischütz“.

Liebig's Etablissement
 Neues Programm!!
 ● Hartstein ●
 Merians Hunde-Theater
 Lebend. Harmon. Louise Schäfer
 etc. etc.
 Anfang 7 1/2 Uhr. 5129

Lobe-Theater.
 Montag, 7 1/2 Uhr:
 „Die fünf Frankfurter“.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Geipenker“.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
 „Die fünf Frankfurter“.

Viktoria-Theater
 Ensemble Gastspiel
 Königl. Weidwede Preuden
 mit der amnesten Revue:
 „So leben wir!“
 Anfang 8 Uhr. 5135

Thalia-Theater
 Montag, Anfang 8 Uhr:
 Sonderausstellung für die reichhaltigsten
 hochinteressanten Verträge: 5139
 „Schalbig“.
 Mittwoch: Gruppe J. & Entführung:
 „Goldfische“.
 Donnerstag: Festschloß-Vertrag:
 „Der Raub der Sabinerinnen“.
 Freitag: Gruppe K. & Bestimmung:
 „Goldfische“.

Palmengarten
 Essens- und Musik-Abend
 Orangen-Fest
 in Messina.
 2 neue Kapellen.
 Entree frei.
 Zigarren, Latex, Papparbeiten
 Objekt des H. Lucke, Ritterstraße 18, III.

Bekanntmachung.
 Mittwoch, den 3., Freitag, den 10., und Dienstag, den 14. Mai d. J., von 9 Uhr vormittags, bis 2 Uhr nachmittags, werden die verfallenen Pfänder innerhalb der Nummern 31 109 bis 42 904 versteigert.
 Ueberhüllte gehen in das Eigentum der Stadtgemeinde Breslau zu Gunsten der Armenverwaltung über, falls sie nicht binnen Jahresfrist abgehoben werden.
 Die für den Verkauf bestimmten Pfänder können noch kurz vor dem Zuschlage eingelöst werden.
 Verlängerungen werden noch bis Freitag, den 3. Mai, abends 6 Uhr angenommen.
 Breslau, den 11. April 1912. Stadtleihamt.

SINGER
 Nähmaschinen
 sind nur zu haben in Läden mit nebenstehendem Schild oder durch deren Agenten.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 Schweidenerstrasse 43b Breslau, Albrechtsstrasse 30
 Friedrich-Wilhelmstrasse 61, Markstrasse 2, Sedowstrasse 1d

Circus Charles.
 Breslau.
 An den Teichäckern.
 Hinter d. Hauptbahnhof.

Dr. Gassmann
 zurückkehrt. 5116
Achtung!
 Meine Wohnung befindet sich jetzt vis-à-vis, Weichenburgerstraße Nr. 4. 5122
 Frau Biech, Gebamme.

Nur bis 19ten Man eile!

Unentgeltlich finden für Arbeiter beuer Frauen u. Töchter Nähstühle, auch Waschmaschinen, st. Zutaten umsonst. Anmelden im Sekretariat Behanien, Friedrich-Carlstr. 7, hochpt., von 9-10 u. 3-4. 5115

Haynau. 5180
 Mein Barbiergeschäft befindet sich vom 1. April bis 1. Okt. 1912 in Ring 62 neben d. Südh. Leinwandgeschäft.
Bruno Tasche,
 Barbier und Friseur.

Jeden Montag:
 Spezialtag
 Erste Sorte Knoblauchwurst à Pfd. 75 Pf.
 Jeden Dienstag:
 Spezialtag
 Mortadella 1/2 Pfund 25 Pf.
Georg Hildebrand
 Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren. 2345

Lebensversicherung Polizei
 E. Fuhrmann, Schmaltebrüde 28, I. 5165

Stamm- Seidel
 Vereins-Seldel, Seidel zu Festgeschenken.
 Große Auswahl von **Bleisoldaten** empfiehl 4268
Otto Miksch,
 Kupferschmiedestrasse 47.

Aus der Tiefe
 von A. Lorenz
 Statt 1 Mk. nur 50 Pf.
 Hochachtung
 Volkswohl.

Uhren Anzüge etc. preußisch
 in **Reihant.**
 Grandenberger Straße 24.
Seitbezüge u. Juwells
 gute Ware, verkauft billig
 Kattowitzerstraße 17. 4585